Nr. 41. 11. Jahrgang. Hamburg, 11. Oktober 1903.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰,
Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 ₰,
Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Ehrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel und Hannover fernzubleiben.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Kellheim im Taunus, Nowawes-Neuendorf, Wurzen (Streik), Parchim, Cüstrine Schöningen (W. und H. Helmke), Weißenfe, (Kraus, Langhansstr. 22, und Hahn & Metzkor), Werdau, (Lange & Reber), Lassan i. Pommern, Aschaffenburg (Möbelfabrik Schwindt), Düsseldorf (Emil Funke), Breslau (Strietzel & Ludwig, Gräbschnerstraße, Maader, Beuthenerstr. 52), Gellrich & Ulhe, Alsenstr. 17) und Ilmenau i. Th. (Köchert);

Tischlern, Maschinenarbeitern, Drechslern und Polierern nach Mühldorf am Inn, Neusorg (Kempf & Geiger);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Frankfurt a. M. (Fabrik photographischer Apparate von Dr. R. Krügener);

Tischlern, Drechslern und **Maschinenarbeitern** nach Ottensen (Hahne & Witte);

Modelltischlern nach Celle (A. Westen);

Drechslern und Polierern nach Sangerhausen (Braun & Richardt);

Stellmachern und Schreinern nach Dorstfeld bei Dortmund (Feldbahnfabrik von Orenstein & Koppel);

Holz- und Metallarbeitern nach Neustrelitz i. Mecklbg. (Gebr. Maaß);

Klavierarbeitern nach Berlin (Firma Nieber & Co., Inhaber S. Levy), Coblenz (Mand);

Korbmachern nach Corbetha (R. Thieme und F. Muth);

Drechslern nach Altona (Maaß), Hainichen;

Der Sechzehnte deutsche Korbmachertag.

In Frankfurt a. d. O. waren in den ersten Tagen des August die Vertreter des deutschen Korbmacherhandwerks beisammen. Beratungspunkte standen 16 auf der Tagesordnung, darunter die meisten nur formell; mehrere Anträge bezweckten eine Aenderung des Innungsstatuts; andere wollten eine Regelung des Genossenschaftswesens, der Gefängnisarbeit, des Straßenhandels u. a. m.

Der Obermeister Bergmann betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß das Korbmacherhandwerk im verflossenen Jahre schwere Zeiten habe durchmachen müssen. Kollegen, welche für Geschäfte Arbeit lieferten, konnten keinen Absatz finden und waren gezwungen, die Preise bedeutend zu erniedrigen. Auch die Korbgeschäftsinhaber hatten schwer zu leiden, da das kauflustige Publikum fehlte. Viele haben ihr Geschäft aufgeben müssen, weil sie keine Existenz mehr hatten. Auch der Gesellenstand habe schwer zu leiden gehabt, wie man das seit Jahren nicht gekannt habe. Er führte dann weiter aus, daß „man" diese schlechten Zeiten der allgemeinen Weltpolitik, den Wirren in China und Südafrika zuschreibe. Der Export nach diesen Ländern habe nach Millionen Mark gezählt, habe aber mit den Unruhen aufgehört.

Trotzdem „man" zugibt, daß die Weltpolitik die Schuld an dem Niedergange des geschäftlichen Lebens trägt, bringt „man" es in diesem Zusammenhange fertig, den Träger dieser Weltpolitik als Friedensfürsten zu feiern. Weiter sagte Herr Bergmann nämlich, das deutsche Volk könne stolz sein auf seinen Herrscher, um den andere Völker es beneiden. Wir haben in ausländischen Zeitungen eine ähnliche Aeußerung noch nicht gelesen, auch nichts davon gemerkt, daß „Se. Majestät sorgt für die arbeitenden Klassen, daß sie Brot und Arbeit haben". Wir meinen, daß, wenn Wilhelm II. einmal von der „gesicherten Existenz der Arbeiter" gesprochen, er noch lange nicht gemeint hat, ihm sei diese (übrigens gar nicht nachweisbare) gesicherte Existenz der Arbeiter zu verdanken.

Die Handwerksmeister sind es nun aber einmal gewöhnt, sich die Dinge immer so zurechtzulegen, wie sie dieselben verstehen. Mit vielem Nachdenken darf man ihnen nicht kommen, sonst würden sie den Widerspruch begriffen haben, der in den folgenden Worten Bergmanns liegt. Er sagte: „Se. Majestät sorgt dafür, daß die Industrie im Lande gehoben wird und sorgt auch dafür, daß alle Tore der Welt offen gehalten werden, um den Export mehr und mehr zu heben." Jeder Mensch weiß nun, daß die Zollpolitik, deren Träger das Ministerium Wilhelms II. ist, genau das Gegenteil hervorruft. Gerade die Schutzzollpolitik führt dazu, daß das Ausland seine Tore schließt und daß der Export sich nicht hebt, sondern vermindert.

Die Korbmachermeister haben zwar immer gefordert, daß ihren Erzeugnissen die Tore aller Welt offen stehen, aber auch, daß dem Ausland die Tore zum deutschen Markt durch hohe Schutzzölle verschlossen bleiben sollten. Die deutschen Korbmachermeister können es sich in ihrer beneidenswerten Naivetät gar nicht denken, daß das Ausland dieser „liebenswürdigen" Behandlung gegenüber nicht resigniert bleibt, sondern Gegenmaßregeln ergreift, durch die dann das herbeigeführt wird, was die Handwerker nicht wünschen, nämlich die Absperrung deutscher Erzeugnisse vom ausländischen Markt. Was das für die Korbindustrie bedeutet, sollten, so meinen wir, die Vertreter derselben in Frankfurt am besten wissen.

Noch ist nicht gewiß, welche Maßnahmen vom Auslande getroffen werden; möglich ist, daß die Erhöhung des Zolles auf alle Korbwaaren von M 3 auf M 4 keinen besonderen Anlaß dazu bietet. Die Hauptkonkurrenz wird der der deutschen Korbindustrie in Galizien bereitet; dort sind die Lebens-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch viel schlechter als in Deutschland. Die Bevölkerung, welche sich mit der Anfertigung von Korbwaren befaßt, ist viel bedürfnisloser als die in Deutschland; nichtsdestoweniger wird der höhere Zoll verhindern, daß die Einfuhr nach wie vor größere Dimensionen annimmt. Viel näher als das Verbot oder die Erschwerung der Einfuhr liegt zweifellos die Hebung des galizischen Arbeiterstandes, die Beseitigung seiner Bedürfnislosigkeit durch höhere Löhne, Einschränkung der langen Arbeitszeit usw.

Wir meinen, daß das Innungswesen doch nicht allein den Zweck hat, nur zu klagen und zu jammern über die Konkurrenz und die niedrigen Preise, sondern daß es zu seinen Aufgaben gehört, eine Regulierung der Verkaufspreise zu versuchen und durchzusetzen. So gut wie die Arbeiter auf internationalen Konferenzen ganz besonders auch der Lohnfrage ihr Augenmerk zuwenden, könnten doch auch die Innungen und sonstigen beruflichen Interessentenverbindungen eine Regelung und Festsetzung der Verkaufspreise anzustreben versuchen. Der Erfolg würde mindestens lohnender sein, als die alljährlichen Petitionen wegen Beseitigung der Gefängnisarbeit und Höherbesteuerung der Warenhäuser.

Was würden die deutschen Herren Innungsmeister wohl sagen, wenn die ausländischen Korbmachermeister von ihren Regierungen, gleich ihnen, die Erhöhung des Zolles auf deutsche Korbfabrikate von M 3 auf M 9 gefordert hätten?! Sie mögen sich glücklich schätzen, wenn im Auslande alles beim alten bleibt.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes atmet Pessimismus. Kein Interesse mehr am Innungswesen, „die Wärme des Innungsgedankens nimmt nicht zu, sondern ab, was nach außen hin in der Auflösung von bestehenden und in der Gründung von nur sehr wenigen neuen Innungen, welche ebenfalls ein nur sehr kümmerliches Dasein fristen, zu Tage tritt. Die Lebensbedürfnisse im Korbmacherhandwerk nehmen ab, sie entbehren der nötigen kräftigen Abwartung und Unterstützung durch gesetzgeberische Maßnahmen und schwindet sichtlich die Möglichkeit, eine feste Innungs- und im Zusammenhange damit eine energische Verbandsorganisation aufrecht zu erhalten". In diesem Tone geht das Gejammer in dem Bericht des Vorstandes fort. Da die Gesetzgebung den Herren nicht in der gewünschten Weise entgegenkommt, d. h. den Zoll auf eingeführte Korbwaren nicht von M 3 auf M 9, sondern nur auf M 4 erhöht hat, ist aller Mut flöten gegangen; von diesem Zoll hing die ganze Existenz der deutschen Korbindustrie ab. Lächerlich!

Aber nicht das allein ist's, was den Herren das Herz in die Hosen fallen ließ, vielmehr hat auch die Rede des Handelsministers in Osnabrück dazu beigetragen, wo er ihnen gesagt hat, das Hauptbestreben müsse dahin gehen, dem Handwerk die nötige Ausbildung zu geben und da nachzuhelfen, wo durch den raschen Fortschritt der übrigen Welt Lücken entstanden seien. Das Handwerk habe zweifellos schwer zu kämpfen gegen die großkapitalistische Bewegung, aber daran sei nichts zu ändern. — Ohne die großkapitalistische Bewegung würden die mächtigen Werke nicht sein, die ihre Produkte in die ganze Welt als Zeugen deutschen Gewerbfleißes hinausgehen ließen usw.

Diese Auslassungen des Ministers sind von allen Innungsmeistern mißfällig aufgenommen, und doch sagte er die Wahrheit, sagte, was ist und nicht anders sein kann. Wenn durch sie „zahlreiche Handwerkerherzen sich erkältet fühlen", läßt sich auch daran nichts ändern, weil das Rad der Entwicklung und des Fortschritts sich nicht zurückdrehen läßt.

Das Hausieren mit Korbwaren in den Straßen hat eine Einschränkung insofern erfahren, als die Polizeibehörden, soweit der Straßenverkehr durch die mit Korbwaren hochbepackten Wagen gestört wurde, in verkehrsreichen Straßen das Halten der Wagen verboten haben. Der Bericht des Vorstandes erkennt diese Einschränkung als einen Vorteil für das Gewerbe an, hätte aber lieber gesehen, wenn der Hausierhandel vollends durch die Gewerbeordnung verboten worden wäre.

In bezug auf die Gefängnisarbeit sagt der Bericht, daß die Korbmacherarbeit allmählich aus den Strafanstalten herausgebracht werde, wenigstens sei der gute Wille dazu vorhanden.

Ueber allzugroßen Zulauf von jungen Leuten, die das Korbmacherhandwerk erlernen wollen, hat der Bericht nicht zu klagen; im Gegenteil, es heißt, daß die Zahl „sichtlich abnimmt, was dem Niedergange der selbständigen Korbmacherei entspreche".

Die Beratungen des Verbandstages selbst sind fast interesselos. Beschlossen wurde, nächstens eine Agitation für Innungen, ganz gleich, ob freie oder Zwangsinnungen, zu entfalten.

Der Reklame, welche einige Kinderwagenfabriken entfalten, soll dadurch gesteuert werden, daß man die fraglichen Firmen bittet, das Reklamemachen zu unterlassen!

Als Einheitsmaß für Reisekörbe wurde endgültig das in Frankfurt a. d. O. übliche festgesetzt.

Die Gründung eines Schutzverbandes „zur dauernden Sicherung der Selbständigkeit des Korbmachergewerbes" ist noch wieder vertagt. Bereeits im vorigen Jahre in Rostock ist der Vorstand in einer diesbezüglichen Resolution verpflichtet worden, diesem Verbandstage eine darauf bezügliche Vorlage zu unterbreiten. Allem Anschein nach hat der Vorstand nicht gewußt, was er mit der Resolution anfangen sollte, denn er sagt in seinem Bericht, daß „dieselbe noch keinerlei Ausführung erfahren hat".

Die Frage: „Wie gelangen wir zu einer einheitlichen Organisation der Korbmachergenossenschaften?" war vielleicht die wichtigste, welche den Verbandstag beschäftigte. Man will zunächst nach Vorschlägen des bekannten Dr. Adolf Schulz den Hausindustriellen in Süddeutschland helfen; jedoch ist kein Mittel durchschlagend. Dr. Schulz empfiehlt, Verkaufsgenossenschaften in Norddeutschland zu gründen, um die Erzeugnisse süddeutscher Korbmacher zu verkaufen, andere empfehlen den Anschluß an Kreditgenossenschaften; aber leider, so wird betont, haben die Leute kein Geld, und daran scheitert alles. Es wurde dann eine Kommission gewählt, die sich mit der Frage eingehend beschäftigen soll.

Bezüglich der Errichtung einer Alters- und Invalidenversicherung für selbständige Handwerker begegnete man bei den Korbmachern mehr Verständnis als bei den Tischlermeistern. Man erkannte wenigstens an, „daß solche Institution für den Handwerkerstand ein Segen wäre" von dem „Stolz auf die Selbständigkeit" wie bei den Tischlermeistern, ist bei ihnen nicht die Rede.

Beschlossen wurde weiter, der Regierung eine Resolution zu unterbreiten, in der sie gebeten wird, bei den Nachbarstaaten vorstellig zu werden dahin, daß selbige keine höheren Zollsätze für deutsche Korbwaren erheben, als Deutschland in seinem neuen Zolltarif festgelegt hat. — Man hat also mit Recht vorausgesetzt, daß das Ausland sich revanchieren werde.

Der Haushaltsplan, der in Einnahme und Ausgabe mit ℳ 472 balanciert, fand Annahme. Für Porto entfällt von der Summe ℳ 82, für Diäten an 5 Vorstandsmitglieder und an den Sekretär ℳ 250, Fahrgeld an drei korrespondierende Vorstandsmitglieder ℳ 50, an den Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände ℳ 40, für unvorhergesehene Ausgaben sind ℳ 20 gerechnet und für drei Lehrlingsprämien ℳ 80. Diese letztere Summe könnte man als im Interesse der Innung verausgabt bezeichnen.

Der nächste Verbandstag soll in Coburg stattfinden.

Die Streiks im Jahre 1902.

III.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902, ebenso wie 1901, geführt werden mußten, um eine Lohnreduzierung abzuwehren, und noch charakteristischer der Umstand, daß 47,3 pZt. dieser Streiks mit vollem Erfolge endeten. Das heißt nichts anderes, als daß die Unternehmer versuchten, den Profitausfall auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnreduzierungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1901 213 solcher Streiks mit 8533 Beteiligten geführt. Welcher Art die Ursachen der Streiks waren, zeigt die folgende Tabelle:

Ursache der Streiks	1901 Streiks	1901 Beteiligte	1902 Streiks	1902 Beteiligte	Erfolgreich in Prozenten 1901 der Streiks	1901 für Beteiligte	1902 der Streiks	1902 für Beteiligte
Angriffstreiks:								
Verkürzung der Arbeitszeit	5	188	1	6	60,0	38,2	100,0	100,0
Lohnerhöhung	127	11323	185	17899	43,3	36,4	48,9	33,6
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung	108	6316	60	13587	34,3	28,7	28,3	10,8
Beseitigung mißliebiger Personen	15	289	5	127	53,3	63,0	20,0	14,1
Verschiedene Forderungen und Ursachen	36	4645	38	1040	17,2	6,2	34,4	48,4
Summa...	291	22761	289	32659	37,4	28,5	42,4	24,5
Abwehrstreiks:								
Aussperrungen	35	8460	56	6791	25,7	34,9	15,4	16,9
Austritt aus der Organisation	15	1230	4	135	6,7	1,4	50,0	13,3
Maßregelung	60	2813	79	2283	33,3	29,4	46,0	53,7
Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Arbeitsbedingungen	21	764	46	1821	47,7	22,1	66,7	43,3
Lohnreduzierung	213	8533	277	7676	37,6	26,0	47,3	41,8
Verlängerung der Arbeitszeit	19	1235	22	973	47,3	55,3	32,7	11,0
Einführung einer Fabrikordnung	6	275	8	140	83,3	96,4	28,6	20,0
Schlechte Behandlung der Arbeiter	7	168	10	172	57,1	55,9	40,0	29,6
Verschiedene Ursachen	60	2283	70	3073	33,3	26,7	43,1	22,5
Summa...	436	25761	572	23054	36,3	34,3	43,7	32,8

Bei den Angriffstreiks wurde 1902 ferner bei 25,7 pZt. der Streiks und für 53,7 pZt. der Beteiligten, und bei den Abwehrstreiks bei 16 pZt. der Streiks für 28,7 pZt. der Beteiligten teilweiser Erfolg erzielt. Das Ergebnis der Streiks war im Jahre 1902 demnach nicht günstiger als 1901, eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur, deren tiefer Stand, beurteilt nach den Ergebnissen der Statistik der früheren Jahre, auch in der größeren Zahl der Abwehrstreiks zum Ausdruck kommt.

Von den gesamten Streiks wurden 4244 Betriebe mit 63 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Betriebe, in welchen Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde. Von den Streikenden gehörten bei Beginn des Streiks 41 199 männliche und 2043 weibliche der Organisation an, doch waren nur 23 415 männliche und 1051 weibliche bereits länger als 6 Monate vor Beginn der Streiks organisiert. Von den Streiks fanden nur 59 nicht die Zustimmung der Zentralverwaltung des Verbandes, ein Beweis dafür, daß auch die Zentralvorstände, trotz nicht günstiger Konjunktur, in fast allen Fällen anerkannten, daß kein anderes Mittel übrig blieb, als zum Streik zu greifen. Das Vorhandensein dieses Genehmigungsrechtes zeigt auch, daß die Organisationen sehr genau prüfen, ob nicht in anderer Weise den Wünschen der Arbeiter Geltung verschafft werden kann und daß von einem leichtsinnigen Vorgehen der organisierten Arbeiter nicht die Rede ist.

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung der lokalen Verwaltung der Organisation in 184, des Zentralvorstandes in 86, des Gewerbegerichts in 34 und anderer Personen in 24 Fällen beendigt.

Von den Streiks waren 778 mit 16 871 Beteiligten Einzelstreiks, die sich nur auf einen Betrieb erstreckten. Nur 82 Streiks wurden geführt, bei denen es sich um ein gleichzeitiges Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe handelte, jedoch entfallen auf diese gemeinsam geführten Streiks von der Gesamtzahl der Beteiligten von 55 713 allein 33 842.

Von den gesamten Kosten der Streiks, die ℳ 2 237 504 betrugen, kamen allein ℳ 2 041 181 aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. ℳ 114 906 wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht, ℳ 53 593 waren Beiträge anderer Gewerkschaften, ℳ 25 573 kamen aus allgemeinen Sammlungen und ℳ 2246 aus dem Auslande. Die Art der Aufbringung der Mittel gibt gewissermaßen einen Einblick darin, in welchem Maße die Finanzkraft der Gewerkschaften im Laufe der Jahre erstarkt ist. Deswegen sei in der folgenden Tabelle nachgewiesen, wie sich in den Jahren, auf welche sich die Statistik erstreckt, die Aufbringung der Mittel gestaltete.

Jahr	Gesamtkosten der Streiks ℳ	Davon kamen: aus der Kasse der im Streik befindlichen Organisationen ℳ	Davon kamen: Prozent der Gesamtausgabe	Davon kamen: aus dem Auslande ℳ
1890/91	2094922	1215025	58,0	126125
1892	84638	29271	34,0	4610
1893	172001	64123	37,0	3133
1894	354297	85341	24,0	2464
1895	424231	204970	48,0	2994
1896	3042950	724603	24,0	84648
1897	1257298	775361	62,0	1949
1898	1345302	1051074	78,0	3132
1899	2627119	2016157	77,0	7079
1900	2936030	2487853	84,4	5800
1901	2515888	1734491	68,9	103306
1902	2237504	2041181	91,2	2246
Summa...	19092180	12429450	65,1	347486

In den Jahren, in welchen die Gewerkschaften ihren ungünstigsten Stand hatten, waren sie genötigt, bei Beginn eines Streiks andere Organisationen um Hülfe anzurufen oder Sammlungen zu veranstalten. Nach der Erstarkung der Organisation kam man dazu, die Streikkosten aus den Kassen der Verbände zu decken. Im Jahre 1902 wurden 91,2 pZt. der Kosten der Streiks von den direkt beteiligten Gewerkschaften selbst aufgebracht. In den Jahren, in welchen ein Rückgang dieses Prozentsatzes gegenüber den Vorjahren vorhanden, wurden Streiks geführt, deren Unkosten zum großen Teil aus den Beiträgen nicht direkt Beteiligter gedeckt werden mußten. So 1896 der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg und 1901 der Generalstreik der Glasarbeiter. In solchen Ausnahmefällen ist es selbstverständlich, daß von der nicht unmittelbar beteiligten Arbeiterschaft Hülfe geleistet wird, und sie wird gern geleistet, weil auch die der Hülfe bedürftigen Gewerkschaften bestrebt sind, die nötigen Mitteln anzusammeln, um für den Kampf gerüstet zu sein. Darin ist in dem letzten Jahrzehnt ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt und finden wir darin die Gewähr, daß den Gewerkschaften trotz der Niederlagen, welche sie in langen und schweren Kämpfen erlitten haben, die Zukunft gehört.

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei diesen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfposition befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungünstigen Konjunktur auf jede Provokation der Unternehmer hin zum Streik zu greifen. Ruhig erwägend und die eigenen, wie die Kräfte des Gegners sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht, angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Geschieht dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen und die Zahl der ungünstig für die Arbeiter verlaufenden Kämpfe wird wesentlich geringer werden.

C. Legien.

Die Arbeiterbeisitzer der deutschen Gewerbegerichte

hielten am 10. September in Dresden eine mehrstündige Sitzung, um Stellung zu nehmen zu den wichtigeren Verhandlungsgegenständen des Verbandstages der deutschen Gewerbegerichte.*) Beisitzer des Dresdener Gewerbegerichts leiteten die Verhandlungen. Der Abgeordnete und Berliner Arbeitersekretär Körsten erstattete den Bericht des Zentralausschusses der Gewerbegerichtsbeisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer. Er führte aus, daß die sämtlichen Kosten dieser Einrichtung von der Berliner Gewerkschaftskommission getragen würden. Die Arbeitslast war keine geringe, wurden doch 1100 Schriftstücke versandt. Da sowohl das preußische Handelsministerium wie die Frankfurter Behörden Landesstatuten auf Grund des neuen Gewerbegerichtsgesetzes ausgearbeitet hatten, sah der Zentralausschuß von der Abfassung eines eigenen Musterstatuts ab, anfragenden Gewerbegerichtsbeisitzern wurde das Berliner Statut mit einigen Abänderungsvorschlägen zur Verfügung gestellt. Eine Verständigung mit dem Verband der deutschen Gewerbegerichte wurde durch den Umstand erschwert, daß derselbe sich als ein Verband von Behörden fühlt, der nichtamtlichen Stellen eine Gleichberechtigung in seinem Rahmen nicht gestatten wolle. Heute haben zwischen Vertretern des Zentralausschusses und der Dresdener Gewerbegerichtsbeisitzer und dem Verbandsausschuß Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Annäherung geführt haben. Auf der Forderung von Abstimmungen habe man nicht weiter bestanden, denn man könne über den Wert und die Richtigkeit der Urteile und der Gesetzesauslegung nicht gut abstimmen, auf eine Anteilnahme an den Abstimmungen über formale Dinge zu bestehen, lohne sich aber nicht. Eine Beteiligung der Arbeiterbeisitzer an dem Ausschuß sei zwar formell zugestanden, tatsächlich werde sich aber nicht viel an den bestehenden Verhältnissen ändern. Es ist zwar die Möglichkeit eröffnet, daß Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer von den städtischen Behörden offiziell zu den Verbandstagen entsandt werden, und daß je ein Arbeiter und ein Unternehmer dem vielgliedrigen Vorstand angehören werden, diese sollen aber nicht von den betreffenden Gruppen gewählt, sondern von den Vorsitzenden der Gewerbegerichte kooptiert werden. Körsten weist dann auf die merkwürdige Auslegung des Gewerbegerichtsgesetzes in Prenzlau hin, wo bloß den in Arbeit stehenden Arbeitern das Wahlrecht zugestanden wurde. Die Erledigung einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten wurde an das Gewerbegericht, aber nicht an den Beschwerdeführer geleitet, das Gewerbegericht weigert sich aber, etwas über die Antwort des Regierungspräsidenten an den Beschwerdeführer mitzuteilen. Man wird sich hiergegen an das Staatsministerium mit einer neuen Beschwerde wenden müssen.

Vielfach wurde der Wunsch nach einer festeren Organisation der Gewerbegerichtsbeisitzer aus dem „Stande der Arbeiter" ausgesprochen. Dagegen ist auf den sehr richtigen Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses hinzuweisen, der sich gegen diesen Versuch weiterer Zersplitterung der Arbeiterbewegung wendet. Man sollte sich hüten vor Schaffung neuer Organisationen, die Sonderinteressen vertreten; die Gewerbegerichtsbeisitzer sollen sich nicht als etwas Besonderes, sondern als Gewerkschaftler fühlen, sie sollen nicht bloß ihre Erfahrungen ihren Kollegen, sondern der Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu gute kommen lassen.

Die Vertreter von Mannheim und Zeitz stimmten diesen Ausführungen bei. Der Arbeiterbeisitzer aus Zeitz sprach sich ferner gegen die Vertretung aller Gewerbegerichte auf dem Verbandstag aus, eine Beschickung desselben durch den Zentralausschuß und die Veröffentlichung einer Broschüre über den Inhalt der Verhandlungen erschien ihm ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Modus. Dagegen meinte Polz-Dresden, daß man in eine energische Agitation einzutreten habe, damit alle Gemeindevertretungen auf ihre Kosten Arbeitervertreter zu den Gewerbegerichtstagen entsenden, was jetzt von vielen Städten, aber bei weitem nicht von allen geschehe. Redner wünscht auch eine stärkere und regelmäßigere geistige Fühlung unter den Arbeiterbeisitzern.

Oberländer-Zeulenroda tritt dem Wunsche auf feste Organisation entschieden entgegen; er wünscht, daß das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands" den gewerbegerichtlichen Fragen noch mehr Aufmerksamkeit schenke und allen Beisitzern regelmäßig zugänglich gemacht werde.

Schulz-Elberfeld lehnte eine straffere Organisation des Zentralverbandes der Gewerbegerichtsbeisitzer des Deutschen Reiches ab, empfiehlt aber regelmäßige Zusammen-

*) Ueber diesen Verbandstag haben wir bereits in letzter Nummer berichtet. Die Red.

künfte der Beisitzer in jedem Orte. An der Delegation für den Verbandstag auf Kosten der Städte sei festzuhalten.

Hehmann-Offenbach ist mit der Tätigkeit des Zentralausschusses einverstanden und nimmt die Konzessionen des Verbandsausschusses an, er empfiehlt eine feste Organisation der Gewerbegerichtsbeisitzer.

In seinem Schlußwort stellt Körsten fest, daß der Zentralausschuß 25 Versammlungen abgehalten habe, so unter anderem in Görlitz und Guben; er war bemüht, für die Fortbildung der Gewerberichter durch Rechtsanwälte und andere juristische Vortragende Sorge zu tragen. Die Beisitzer sollen stets bestrebt sein, ihr Wissen zu vermehren, die einschlägige Literatur anzuschaffen und zu studieren, auch an der Zeitschrift „Das Gewerbegericht" mitzuarbeiten. Um eine Zersplitterung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu vermeiden, warne er vor besonderen Organisationsbestrebungen der Gewerbegerichtsbeisitzer.

Beschlossen wurde, daß die Arbeiterbeisitzer jedes Gewerbegerichts einen Kollegen beauftragen, der die Beziehungen mit dem Zentralausschuß zu pflegen habe. Der Sitz des Zentralausschusses bleibt in Berlin. Die Beschickung der Verbandstage auf städtische Kosten herbeizuführen, soll überall erstrebt werden.

Massini referierte über die Erfahrungen mit dem Proportionalwahlsystem. Die Praxis lasse sich nicht zu Gunsten dieses Zwitters deuten . Bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen wäre die Einführung des Proportionalwahlsystems viel dringlicher gewesen als bei den Gewerbegerichten. Dasselbe wurde nicht aus Rücksichten der Gerechtigkeit oder um einer Gruppe von Arbeitern eine Vertretung zu sichern eingeführt; nein, man wollte der Gesamtheit von Gegnern der modernen Arbeiterbewegung: christlichen Gewerkschaftlern, evangelischen Arbeitervereinen, Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen die Möglichkeit schaffen, der modernen Arbeiterbewegung Abbruch zu tun. Wir haben gar keinen Anlaß, derartiger Sonderbündelei Vorschub zu leisten, den Zersplitterungsgruppen der modernen Arbeiterbewegung wollen wir nicht zu Ansehen und Macht verhelfen. Daß die Verhältniswahl theoretisch und praktisch nur eingeführt wurde, um der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, beleuchtet er unter Anführung von Beispielen und Zitaten aus der „Sozialen Praxis" und aus dem „Arbeitsmarkt". Das Mannheimer System der Proportionalwahl erscheint ihm zu kompliziert, den Arbeitern unverständlich und direkt schädlich. Selbst die „Kreuz-Zeitung" habe bekennen müssen, daß die Arbeiterbeisitzer in den Gewerbegerichten im vollsten Maße ihre Pflicht erfüllen. Die Verhältniswahl einzig bei den Gewerbegerichten durchzuführen, sei ein Nonsens.

Krafft-Mannheim beleuchtet das Interesse sozialdemokratischer Minderheiten in katholischen Gegenden an der Verhältniswahl. Man könne auf Grund dieses Systems auch einen Keil in die Reihen des Unternehmertums hineintreiben. In Mannheim sei dank des Proportionalwahlsystems auch in Unternehmerkreisen für unsere Anschauung bei der gewerbegerichtlichen Rechtsprechung Bahn gebrochen worden. Die Vorteile des Proportionalwahlsystems erscheinen ihm für Mannheim nicht wohl bestreitbar. Erst die Beteiligung der Gegner schaffe in unseren Kreisen gesteigertes Interesse und höhere Wahlbeteiligungsziffern.

Brun-Mainz erklärt sich von seinem politischen Standpunkt gegen die Ausführungen Massinis, er fordert zwingende reichsgesetzliche Bestimmungen, an Stelle des Befindens gemeindlicher Behörden. Er schildert dann das in Mainz beliebte System der Verhältniswahl, welches den Gegnern die Auswahl unter unseren Kandidaten, die Ausscheidung unserer besten Kräfte ermöglicht. Die Bedeutung und Möglichkeit der Wahl von Unternehmervertretern durch uns solle man nicht überschätzen, besonders dort, wo das Kleinbürgertum durch die Schaffung von Konsumvereinen mißvergnügt gemacht wurde.

Holz-Dresden: Ueberall dort, und nur dort, wo man uns schaden kann, führt man dieses Wahlsystem ein. Man öffnet der Willkür, unseren Einfluß zu mindern, Tür und Tor. Wenn auch der Dresdener Vorsitzende unserer Objektivität alles Lob spendet, haben die Hirsch-Dunckerschen doch die beste Aussicht auf Einführung der Verhältniswahl. Man hoffe nicht zu viel auf Entschädigung unserer Verluste durch Erfolge im Wahlkörper der Unternehmer. Bei diesen koste es bedeutend mehr Mut als bei den Arbeitern, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen.

Starke-Dresden schließt sich diesen Ausführungen an und bemerkt, daß die zu uns gehörenden Unternehmerbeisitzer nie so rücksichtslos wie die Arbeiter auftreten werden. Er erinnert an den Ausspruch Caprivis, daß man bei jedem Gesetzgebungsakt die Wirkung auf die Sozialdemokratie in Rechnung ziehe, dies sei bei Einführung des Proportionalwahlsystems geschehen.

Seiler-Luckenwalde warnt, den Behörden bei Einführung des Proportionalwahlsystems Vorschub zu leisten.

Körsten-Berlin verlangt unter Hinweis auf die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen obligatorische Einführung des Proportionalwahlsystems oder Bekämpfung jeder Einführung desselben auf Grund des bestehenden Gesetzes. Falsch sei, uns die Verleugnung unserer Prinzipien vorzuwerfen. Wir wünschen auch nicht, daß man uns der Dummheit anklage. Man hat den § 16 des Gewerbegerichtsgesetzes zu unserem Schaden verschlechtert, daß sozialdemokratische Unternehmer kaum jemals in die Lage kommen können, bei diesen Wahlen abzustimmen.

Nun können bloß Unternehmer, welche Arbeiter beschäftigen, wählen; wer waren aber unsere Wähler? Kleine Händler, Gastwirte 2c., die allein tätig waren. Wir dürften in Berlin und in anderen Orten mit dem Verlust unserer Unternehmersitze zu rechnen haben. Die Einzeichnung in die Wählerlisten, die die Wahl sehr erschwert, wird nicht vom Gesetz, wohl aber vielfach von den Gemeindeverwaltungen gefordert. Derartige Hemmnisse werden nicht im „christlichen" München-Gladbach, sondern bloß dort bereitet, wo wir in der Mehrheit sind. Redner weist noch auf andere Ungerechtigkeiten der Kommunalverwaltungen hin, wenn wir uns an der Wahl der „Arbeitgeberbeisitzer" beteiligen wollen. Nicht nur die Tradition, auch die Klugheit muß für uns maßgebend sein.

In seinem Schlußwort weist Massini eindringlich auf die schroffe Haltung der Majoritätsparteien hin, wenn diese mit sozialistischen Minderheiten zu rechnen haben. Dann gilt für sie nur ein Prinzip, uns zu schwächen. In Berlin waren für die Anwendung des nun geltenden Proportionalwahlsystems bloß die Vorsitzenden, nicht aber die Beisitzer, Unternehmer und Arbeiter begegneten sich in der Ablehnung. Obligatorisches Verhältniswahlsystem oder überhaupt keines, das muß unsere Parole sein. Kein Fußbreit von dem eroberten Terrain können wir dem Gegner freiwillig abtreten.

Kern-Würzburg stellt eine Resolution, die, unbeschadet späterer redaktioneller Aenderung, im Prinzip ohne Widerspruch beschlossen wird. Sie lautet:

„Das Proportionalwahlsystem bei der Wahl zu Gewerbegerichten wird von den Gemeindebehörden ausschließlich zur Schwächung der Vertretung der modernen Gewerkschaften benutzt; es ist kein Fall bekannt geworden, daß das Proportionalwahlsystem jemals einer Minderheit modern gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zu gute kommt. Die Konferenz der Arbeiterbeisitzer verwirft deshalb das gegenwärtige System der Verhältniswahl, das als Mittel des Klassenkampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgenutzt wird."

Massini wird zum Vertreter dieses Standpunktes auf der Verbandsversammlung bestimmt.

In gründlicher Weise erörtert Ahrens-Berlin die Notwendigkeit einer Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte. Doch dürfe man hier nicht schablonenhaft verfahren. Wohl sind die Handlungsgehülfen in ihrer großen Masse zu den gleichen proletarischen Lebensverhältnissen verdammt wie die Industriearbeiter. Aber die verschiedenen Kündigungsfristen schaffen geänderte Verhältnisse, vor allem bedeutend höhere Streitsummen, deshalb müsse man die Grenze für die Berufungsmöglichkeit von M 100 auf M 500 für die Handlungsgehülfen verschieben. Zu beklagen ist, daß in dem Entwurf der Reichsregierung Einigungsämter nicht vorgesehen waren, daß auch hier das Stimmrecht der weiblichen Arbeiter nicht im modernen Sinne geregelt wurde. Die Hinzuziehung von Berufsjuristen als Rechtsvertreter würde er bedauern, es würde dies dann auch bald bei den Gewerbegerichten möglich sein. Aus allen in Betracht kommenden, eingehend von ihm gewürdigten Gründen erklärt sich Referent für den Anschluß der kaufmännischen Lohndifferenzen an die Gewerbegerichte Auf Antrag Metzner-Köthen wird der Berichterstatter mit der Vertretung dieser Anschauungen auf dem Verbandstag betraut.

Josephson-Hamburg, der Vorsitzende der modernen Handlungsgehülfenorganisation, hatte eine größere Unterstützung der Handlungsgehülfenforderungen durch die Arbeitnehmerbeisitzer erhofft. Man vergesse nicht, daß das Heer der Handlungsgehülfen im Deutschen Reiche 500 000 betrage, nur wenige von diesen leben in besseren als proletarischen Verhältnissen. Eine engere Fühlung mit dem Zentralverband der Handlungsgehülfen wäre manchem Arbeitervertreter in diesem Falle sehr förderlich gewesen. Sie ständen nach wie vor mit mündlichem und schriftlichem Rat und instruktiven Drucksachen zur Verfügung. Er sei begierig, ob man zuletzt das Proportionalwahlsystem bei den Kaufleuten zum Nutzen von uns, zum Schaden der Antisemiten einführen wird.

Die weiteren Debatten behandelten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Dresdener Gewerbegerichtsbeisitzern und Josephson, dann die Frage der Elbzollgerichte. Bohl-Nürnberg bedauert, daß zur Klarstellung mancher Fragen meist den Arbeiterbeisitzern so wenig Zeit bleibt. Hierauf wird die Konferenz nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Zum Schreinerstreik bei der Firma Emil Funke in Düsseldorf

wäre folgendes zu berichten: Die Situation für die Streikenden hat sich gebessert. Trotzdem Herr Funke keine Mittel scheut, durch Annoncen und Agenten Arbeitswillige heranzuholen, ist es ihm doch nicht gelungen, Kräfte von außerhalb zu bekommen. Ein Trupp Arbeitswilliger, welcher in Begleitung von Frankfurt a. M. nach Düsseldorf transportiert wurde, geriet schon in Cöln in die Gesellschaft mit Streikenden, so daß ihnen die Lust zum arbeiten bei Funke verging. Am Bahnhof Düsseldorf harrte schon der Vertreter der Firma, Herr Keil, mit einem verschlossenen Gefährt, um diese Arbeitswilligen in Empfang zu nehmen. Mit verklärtem Gesicht mußte aber dieser Herr wieder abziehen, da keiner der Geworbenen seiner Einladung, im Wagen Platz zu nehmen, folgte. Bis jetzt ist es uns gelungen, den Zuzug fern zu halten. Leider haben sich aber einige am Ort ansässige alte Sünder eingefunden, Herrn Funke aus der Not zu helfen. Nun scheint es aber Herrn Funke doch zu kostspielig zu werden. Die Arbeitswilligen erhielten bis dato so hohe Stundenlöhne, die sozusagen kein anderer Unternehmer am Ort bezahlt. Wie teuer die Türen jetzt werden, beweist folgendes: Türen, die vordem von den jetzt streikenden Kollegen angefertigt wurden, stellten sich auf den Preis von M 7,50 zur Lieferung an die Kundschaft, jetzt muß die Firma M 21 bezahlen, also beinahe das dreifache, ein Beweis, welcher Qualität diese Arbeitswilligen sind.

Nun sollen diese so sehr nützlichen Elemente ebenfalls diese Türen in Akkord anfertigen, da Herrn Funke sonst die Geschichte zu teuer kommt. Nun werden wohl diese Rausreißer bei den üblichen Preisen, ja sogar bei erheblichem Zuschlag M 2 pro Tag verdienen, da eben nur eingeübte Leute dazu gehören, will man es auf einen auskömmlichen Verdienst bringen. Es kann also unter diesen Umständen noch zu einem Streik der Streikbrecher kommen. Die hiesige Polizeiverwaltung interessiert sich auch besonders für den Streik. Die Posten werden auf jedem Schritt von Beamten verfolgt. Die Arbeitswilligen werden jeden Tag von 12 bis 15 Beamten in Zivil und Uniform, zu Pferd und zu Fuß, begleitet. Von einer Belästigung der Arbeitswilligen durch Streikende kann mithin keine Rede sein. Sistierungen von Streikposten passieren trotzdem alle Tage. Ja, sogar das Unerhörteste: Die Bewaffnung der Arbeitswilligen mit Revolvern haben wir hier zu verzeichnen. Dieses bildete auch das Thema einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung, welche sich mit dem Streik beschäftigte. Mann an Mann hatten sich die Düsseldorfer Holzarbeiter eingefunden, um Protest zu erheben gegen die Maßnahmen der Polizei. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heute am 28. September im großen Saale des „Paulushauses" tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung fordert die Stadtverwaltung ganz energisch auf, der Polizeiverwaltung einen Riegel dahingehend vorzuschieben, daß den jeweiligen Arbeitern der Firma Emil Funke, Hafen 12, hierselbst, keine Erlaubnis zum Tragen von Feuerwaffen und dergleichen gegeben wird, und die schon ausgehändigten Waffenscheine wieder zurückgezogen werden. Die Bürgerschaft wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit gebeten, als Steuerzahler ihre Rechte zu wahren und ebenfalls bei der Stadtverwaltung wegen dieser Stellungnahme der Polizeibehörde zu protestieren."

Nachstehender Antrag gelangte ebenfalls zur Annahme: „Beantrage, in kürzester Zeit eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen mit dem Thema: „Wie stellt sich das Bürgertum zu der Bewaffnung von Arbeitswilligen, wie es mit diesen bei der Firma Funke geschehen ist?"

Man sieht wieder mal, wie schwer es den Arbeitern gemacht wird, ihr Koalitionsrecht auszuüben. Man glaubt, mit allen Mitteln die Streikenden zur Aufgabe des Kampfes zu zwingen, ja man kolportierte wieder mal, daß die Unterstützung nicht mehr so wie zu Anfang des Streiks ausbezahlt würde. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Streikenden einen erheblichen Aufschlag zur Unterstützung erhalten haben und dabei guten Mutes Herrn Funke Gelegenheit geben, nachzudenken, ob es nicht besser für ihn gewesen wäre, die minimalen Forderungen zu bewilligen, als sich in so kolossale Unkosten zu stürzen.

Den Kollegen Deutschlands aber rufen wir zu, auf der Hut zu sein, und auf die verlockenden Annoncen in Zeitungen aller Gaue Deutschlands nicht hereinzufallen. Die Adressen, deren sich Herr Funke bedient, um tüchtige Bauschreiner, Zureißer, Zuschneider und Maschinenarbeiter zu erhalten, sind folgende: Emil Funke, Holzbearbeitungsfabrik, Düsseldorf, Hafen 12, Koblenz, Schloßstr. 7, Frankfurt a. M., Niederau 15. Diese Annoncen stehen fast täglich in bürgerlichen Zeitungen, haben also nur den Zweck, Arbeitswillige herbeizuschaffen, wozu jene Blätter leider ihre Spalten zur Verfügung stellen.

Rundschau.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Treppen, sendet uns ihren Lehrplan für das 4. Quartal 1903. — Montag: National-Oekonomie (Streifzüge durch die moderne Volkswirtschaft); Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhard. Dienstag: Geschichte (Geschichte der menschlichen Gedanken über die Natur); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Freitag: Rede-Uebung (Uebungen in mündlicher Rede und schriftlichem Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Sonntag: Rede-Uebung (Uebungen im Vortrag für Fortgeschrittene): Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Oekonomie: Montag, den 12. Oktober; Geschichte: Dienstag, den 13. Oktober; Rede-Uebung: Freitag, den 16. Oktober; Rede-Uebung für Fortgeschrittene: Sonntag, den 6 Dezember.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um ½11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Der Kursus am Sonntag beginnt um 10 Uhr Vormittags und endet um 12 Uhr Mittags. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 ₰; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus M. 1 und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der Sonntagskursus in Rede-Uebung für Fortgeschrittene kostet M. 2 (za. 20 Tage). Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Neul, Barnimstraße 42; Vogel, Demminerstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horsch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den ersten Vorsitzenden, Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstr. 20, Quergeb. II., Geldsendungen an den Kassierer, H. Königs, Berlin S. 59, Hasenhaide 50, zu senden.

Welche Lasten das Volk trägt, wird in folgenden Zahlen veranschaulicht. Im Königreich Sachsen wurden im Jahre 1902 an direkten Steuern erhoben M. 36 461 389, an indirekten Abgaben M. 71 873 461, also genau noch einmal so viel. Die indirekten Steuern verteilen sich wie folgt:

Eingangszoll	M.	46 974 956
Tabaksteuer	„	314 831
Salzsteuer	„	1 268 916
Zuckersteuer	„	1 589 440
Maischbottich- und Materialsteuer	„	1 747 905
Verbrauchsabgabe und Zuschlag dazu	„	8 208 828
Brennsteuer	„	20 220
Schaumwein-Nachsteuer	„	207 252
Schaumweinsteuer	„	22 706
Brausteuer	„	2 994 739
Uebergangsabgabe von Bier	„	1 145 293
Spielkartenstempel	„	83 805
Reichsstempelabgabe	„	1 794 528
Schlachtsteuer	„	5 014 402
Uebergangsabgabe von Fleisch	„	278 010
Verbrauchsabgabe von Fleischwerk	„	207 580
	M	71 873 461

Um beinahe 72 Millionen wird also dem sächsischen Volke sein Konsum verteuert. Den Riesenanteil müssen, darauf ist schon oft hingewiesen, die minder bemittelten Volksklassen aufbringen. Und trotz dieser unumstößlichen Tatsache weisen die Reaktionäre immer wieder höhnisch darauf hin, daß derjenige mehr Recht im Staate haben müsse, der die meisten Lasten zur Aufrechthaltung des Staatswesens trage. Das sind aber, wie die Zahlen der Statistik beweisen, nicht die Besitzenden, sondern die arbeitenden Bevölkerungsklassen.

Ein entsetzliches Urteil ist in Beuthen gegen Arbeiter gefällt worden, die aus Anlaß einer Wahlversammlung Ruhestörungen verübten, in der Erregung sich an einzelnen Beamten vergriffen, als diese einige von ihren Arbeitskollegen als Gefangene abführen wollten. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch, und doch hat es sich lediglich um eine durch Schuld der Behörden zusammengetrommelte Menschenansammlung gehandelt, die durch den Mißbrauch der Kirche zu den politischen Zwecken der Zentrums-

partei in Aufregung geraten, zu mancherlei Exzessen schreitet, ohne sich der Folgen bewußt zu sein. Diese unwissenden, unzurechnungsfähigen, ungebildeten Arbeiter verurteilt das Gericht zu 6 Jahren Zuchthaus, 68 Jahren und 10 Monaten Gefängnis!! Daß diesen Leuten auch noch die Ehrenrechte aberkannt wurden, können nur die für richtig halten, die, wie die Richter, die Volksseele und die Volkserregung nicht verstehen können und die, wie der „Vorwärts" richtig bemerkt, „unbewußt auch im Gerichtssaale die Vertreter des herrschenden Systems bleiben".

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den Zahlstellen Hannover und Itzehoe wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Oktober d. J. einen Lokalbeitrag, und zwar für Hannover 15 ₰, für Itzehoe 5 ₰ pro Woche, neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Hiernach haben fortan die Mitglieder in Hannover einen Wochenbeitrag von insgesamt 50 ₰, in Itzehoe einen solchen von 40 ₰ zu entrichten.

Alle Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden hierdurch auf die Bestimmung in § 50 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach die Karenzzeit für den Bezug von Unterstützungen in allen Fällen nur dann als erfüllt gilt, wenn das Mitglied für die Wochenzahl der Karenzzeit auch die gleiche Anzahl Wochenbeiträge entrichtet hat. Etwaige beitragsfreie Wochen (infolge Krankheit, Arbeitslosigkeit, Militärdienst 2c.) werden also nicht in die Karenzzeit gezählt, vielmehr ist für dieselbe lediglich die Zahl der geklebten Marken maßgebend.

Diejenigen Kollegen, welche in diesem Herbst vom Militär freigekommen sind und sich ihre früher erworbenen Mitgliedsrechte im Verbande wahren wollen, müssen sich ungesäumt, unter Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches, in der nächst gelegenen Zahlstelle anmelden und können alsdann, sofern sie vor der Militärzeit dem Verbande mindestens ein Jahr angehört und die Beiträge bis zum Eintritt in die Kaserne voll bezahlt haben, jetzt sofort Reiseunterstützung beziehen. Der Zahlstellenkassierer hat die Wiederanmeldung in das Mitgliedsbuch einzutragen und kann dann ohne weiteres eine Reiselegitimation ausstellen.

Dagegen sind jedoch alle Kollegen, welche nicht mehr im Besitze ihres Mitgliedsbuches sind, d. h. denen dasselbe während ihrer Militärzeit abhanden gekommen ist, stets an den Verbandsvorstand zu verweisen, damit sie sich zunächst dort ein Ersatzbuch ausfertigen lassen. Hierbei ist dann neben dem Namen, Gewerbe, Geburtsort und -Datum auch anzugeben, in welcher Zahlstelle die letzten Beiträge entrichtet wurden. Gleichzeitig sind für das Ersatzbuch 40 ₰ mit einzusenden, worauf die Zusendung desselben umgehend portofrei erfolgt. Ohne Mitgliedsbuch darf also keine Reiselegitimation ausgestellt und keine Reiseunterstützung gezahlt werden.

Sehr oft unterlassen es die Kassierer, die laufende Jahreszahl über den Beitragsrubriken in die Mitgliedsbücher einzutragen. Dadurch werden oft Irrtümer hervorgerufen und auch Betrugsfälle ermöglicht. Zur Vermeidung derselben sollte deshalb die Jahreszahl stets deutlich — mit Tinte — eingetragen werden.

Ferner müssen wir die Kassierer und Beitragssammler ersuchen, auf das Stempeln der Marken und Eintragungen im Mitgliedsbuch mehr Sorgfalt zu verwenden. Es genügt nicht, wenn die Marken nur angefärbt sind, sondern der Name des Stempels soll auch deutlich zu lesen sein, damit die Zahlstelle, welche die Beiträge quittiert oder die Einträge in das Mitgliedsbuch gemacht, jederzeit festzustellen ist.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

37929 Johann Schlittenbauer, Schreiner, geb. 27. 7. 84 zu München.
84996 Otto Aue, Tischler, geb. 6. 11. 79 zu Nebra.
94050 Adam Amersdörfer, Maschinist, geb. 14. 11. 70 zu Fürth.
101119 Paul Schulz, Tischler, geb. 17. 12. 71 zu Sommerfeld.
134717 Johann Riegel, Schreiner, geb. 20. 10. 85 zu Augsburg.
159564 Franz Heininger, Schreiner, geb. 27. 7. 61 zu Erbau.

Stuttgart, den 3. Oktober 1903.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Hermann Sucker, Tischler, geb. 21. 2. 45 zu Kotlewe, gest. 13. 9. 03 zu Breslau.

Karl Scheibner, Schreiner, geb. 26. 11. 43 zu Zwickau, gest. 4. 10. 03 zu Frankfurt a. M.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Breslau. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung tagte am 10. d. M. im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Zunächst gab der erste Bevollmächtigte das Ergebnis der Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesellen in der Erlenbranche bekannt. Er bedauerte, daß sich bei dieser Umfrage nur ein Teil der Gesellen beteiligt hat und wünschte, daß für die Zukunft sich dieses bessern möge. Das Resultat gibt kein genaues Bild von den Arbeitsverhältnissen, jedoch ist daraus die Gewißheit zu erkennen, daß im großen und ganzen die Lage der Erlen-Möbeltischler verbesserungsbedürftig ist. Beteiligt waren 96 Kollegen aus 21 Werkstätten. Beschäftigt sind in dieser Branche etwa 250 in 60 Werkstätten. Von den 96 waren 65 verheiratet und hatten 128 Kinder; organisiert sind 78. Zum Lebensunterhalt mußten 20 Frauen beitragen. Für Wohnungsmiete müssen durchschnittlich M 187 jährlich gezahlt werden. Dieser hohe Mietszins wird für eine Stube und eine Küche gezahlt. Die Akkordarbeit ist in der Branche allgemein üblich. Der Wochenverdienst beträgt M 19.27, das Kostgeld M 18,82. Der Stundenlohn ergab 82,5 ₰. Der höchste Lohnsatz ist mit M 27, der niedrigste mit M 18 angegeben. Die Maschinenarbeit wurde von sieben Meistern bezahlt; in den übrigen 14 Werkstätten hatten die Gesellen dafür aufzukommen. Die Abzüge der einzelnen Stücke von 1900 her sind wie folgt: Für Schränke M 3,20, ½ Dtzd. Betten M 4,20, Vertikow M 3,80. Der Lohn bezw. Wochenverdienst ist durchschnittlich M 15,50. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 9,40 Stunden. Peikert begleitete dieses Ergebnis mit einigen Bemerkungen, in welchen er in überzeugender Weise darlegte, daß der Jahresverdienst eines Erlen-Tischlers nicht ausreichte, sich und die Familie zu erhalten. Das Streben müsse unbedingt darauf gerichtet sein, die Lage zu verbessern, und das kann nur eine starke Organisation. Die Ausführungen fanden volle Anerkennung. Nach einer Debatte, in welcher Kollege Kasper und andere darauf hinwiesen, daß durch Werkstattstreiks Remedur geschaffen werden müsse, wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 10. September tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von der aufgestellten Statistik. Die angeführten Tatsachen beweisen, daß die Existenzbedingungen in der Erlen-Möbelbranche durchaus ungenügend sind und eine Aufbesserung erforderlich ist. Aus diesem Grunde fordert die Versammlung sämtliche Kollegen auf, sich dem Verbande anzuschließen. Die Lokalverwaltung hat das Vertrauen der Versammlung, daß sie jene Mittel und Wege finden werde, um den unwürdigen Lohnverhältnissen verbessernd entgegenzutreten." Peikert sprach sodann über Werkstatt-Lohnbewegungen in letzter Zeit. Es ist gelungen, in den Werkstäten Sporleder, Kups, Schröter & Lehmann und Sternberg Verbesserungen herbeizuführen. Eine lebhafte Agitation ist auch unter den Maschinenarbeitern entwickelt worden, und hat die Organisation nach dieser Richtung hin erfreuliche Fortschritte gemacht.

Dessau. Die Holzarbeiter Dessaus, speziell die organisierten Tischler, hatten schon seit längerer Zeit die Ueberzeugung, daß ein Kollektivarbeitsvertrag, nach welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation gemeinsam festgelegt sind, hier am Orte eine unbedingte Notwendigkeit sei. Es wurde nun daraufhin von hiesigen organisierten Kollegen ein derartiger Arbeitsvertrag ausgearbeitet; er wurde so abgefaßt, daß es den Beteiligten nicht schwer werden konnte, den ersten Schritt auf dem Wege eines Kollektivarbeitsvertrags zu tun. Die hauptsächlichsten Punkte sind folgende: Die tägliche Arbeitszeit währt 10 Stunden, die Mittagspause 1½ Stunden. Von den Ueberstunden wurde gesagt, daß selbige gänzlich zu vermeiden wären, und nur in dringenden Fällen geleistet werden sollten, bei einem Aufschlag von 25 pZt. für die ersten beiden Ueberstunden an einem Tage, für alle weiteren sowie Sonntagsarbeit 33⅓ pZt. Ferner keine Kündigung, sowie Freitags Lohnzahlung. Die Gültigkeitsdauer lautete auf ein Jahr, bei vierteljährlicher Kündigung; wenn keine erfolgt, sollte selbiger auf ein weiteres Jahr gelten. Die Ueberwachung des Vertrages sollte einer Kommission unterstehen, bestehend aus gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden. Dieser Vertrag wurde nun durch den Gesellenausschuß der Tischlerzwangsinnung vorgelegt. Doch siehe da, ganz im stillen hatte die Innung, in Verbindung mit dem anhaltischen Innungsverband, eine für ganz Anhalt gelten sollende Werkstattordnung ausgearbeitet, welche bei dieser Gelegenheit dem Gesellenauschuß präsentiert wurde. Nach Kenntnisnahme derselben wurden sich die hiesigen Kollegen dahin klar, die von der Innung vorgelegte Werkstattordnung zu verwerfen und zu versuchen, unseren eingereichten Vertrag durchzudrücken. In der darauf stattgefundenen Innungsversammlung kam es nun so, wie wir es uns bald gedacht hatten: unser Vertrag, so wie wir ihn eingereicht hatten, wurde abgelehnt. Bei den jetzigen Zeiten konnten wir es schwerlich auf einen Kampf ankommen lassen, und so kam ein Kompromiß zu stande. Derselbe ist beiderseitig unterzeichnet und tritt dieser Tage in Kraft. Die Hauptpunkte des neu bestehenden Vertrages sind folgende: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, die Mittagspause im Sommer 1½ Stunden, im Winter 1 Stunde. Der Minimalstundenlohn ist 30 ₰. Der Zuschlag für Ueberstunden für die ersten beiden an einem Tage 5 ₰, für alle weiteren sowie Sonntagsarbeit 10 ₰. Die Freitagslohnzahlung ist auch vorgesehen, ebenfalls die Vertragsgültigkeitsdauer von 1 Jahre mit ¼jährlicher Kündigung. Die Ueberwachung des Vertrages findet durch eine Kommission von drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern unter Leitung des jeweiligen Vorsitzenden der Innung statt. — Kollegen! Der erste Schritt auf dem Wege eines Kollektivarbeitsvertrages ist getan worden; wenn nun auch nicht alles das erreicht ist, was erreicht werden könnte, so wollen wir uns vorläufig mit dem Gegebenen abfinden, um später zu versuchen, mehr zu erreichen. Darum ist es auch nötig, daß alle indifferenten Kollegen zur Organisation herangezogen werden, um zu ermöglichen, daß die Vereinbarungen von allen Seiten gehalten werden. Darum auf, Kollegen, tue jeder seine Pflicht!

Görlitz. Hier hielt Kollege Bergmann einen längeren Vortrag über: „Der Holzarbeiterverband als Kampfesorganisation", der beifällig aufgenommen wurde. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen hier viel zu wünschen übrig. Der Durchschnittslohn in den besseren Werkstätten beträgt M 18 pro Woche. Wenn von diesem Einkommen M 150 Miete, M 50 für Krankenkassen- und andere Beiträge, Steuern 2c. abgehen, bleiben für eine Familie rund M 700 übrig, die für Nahrung und Kleidung ausreichen sollen. Da weiß jeder von uns selbst, wie die Ernährung sein kann. Kommen nun gar noch Krankheitsfälle hinzu, dann ist erst recht kein Auskommen möglich. Nun ist aber der Durchschnittslohn allgemein in Görlitz nicht M 18, sondern M 16,59 bei den Tischlern. Da mache sich jeder selbst ein Bild, wie die Lebenshaltung der hiesigen Kollegen beschaffen ist, und lege sich die Frage vor, ob hier nicht recht bald Wandel geschaffen werden müßte. Ja, das wäre nötig, aber auch, daß die Kollegen selbst ihrer Organisation, mit deren Hülfe allein sie bessere Zustände erreichen können, größeres Interesse entgegenbrächten, vor allen Dingen aber die Versammlungen besser besuchten, den Ort, wo über Mittel und Wege zum Besseren beraten werden soll.

Laupheim. Kollege Maucher referierte hier in einer wider Erwarten gut besuchten Versammlung, der auch Mitglieder des Gewerkvereins beiwohnten, über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Redner wies treffend nach, daß nur durch die Einigkeit Erfolge zu erringen seien. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz besonders in der Werkzeugbranche seien äußerst verbesserungsbedürftig. Löhne von M 12 und M 14 pro Woche für verheiratete Kollegen kämen nicht selten vor; mit einem solchen Lohn sei aber eine Familie nicht anständig zu ernähren. Wenn es besser werden solle, sei erforderlich, daß sich die Berufskollegen der Organisation anschlössen.

Olbernhau. (Berichtigung.) Herr Theodor Kempe, Tischlermeister aus Olbernhau, sendet uns unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes folgende Erklärung: „In Ihrer Zeitung Nr. 38 finde ich einen Artikel, darinnen wird angegeben, bei der Schlachthofsarbeit hätte ich auf Kastenfenster einen Preis von M 35 angesetzt, worauf ich sämtliche Kastenfenster in Auftrag bekommen hätte. Dieses ist nicht wahr, ich habe im Blankett M 45 geschrieben, nicht M 35; auch habe ich nicht sämtliche, sondern Glasermeister Schulze und ich jeder die Hälfte."

Herr Kempe hatte nicht nötig, sich von der Polizeibehörde bescheinigen zu lassen, daß seine Unterschrift echt sei. War in der fraglichen Notiz eine Unrichtigkeit, so würde eine Berichtigung derselben auch ohne beglaubigte Unterschrift aufgenommen worden sein. Wir verlangen von unseren Berichterstattern, daß sie wahrheitsgemäß berichten, wenn aber trotzdem einmal unabsichtlich ein Irrtum mit unterläuft (vielleicht war es in diesem Falle gar ein Druckfehler, was wir jetzt leider nicht mehr feststellen können), so sind wir selbstverständlich, schon vom rechtlichen Standpunkt aus, immer bereit, den Irrtum einzugestehen und die Unrichtigkeit zu berichtigen. Es bedarf in solchen Fällen gar nicht des Hinweises auf das Preßgesetz. Die Red.

Bitte!

Wir sind wegen der Bezeichnung einer Werkstätte mit dem Namen „Bude" und „Bruchbude" wegen Beleidigung verklagt worden. Beide Wörter befanden sich in dem Bericht aus einem mitteldeutschen Orte. Wir bitten nun die Kollegen in solchen Orten, in denen die Ausdrücke „Bude" und „Bruchbude" üblich sind, uns Mitteilung zu machen, ob sie mit Anwendung derselben den Inhaber der Werkstatt herabsetzen wollen und was man speziell unter dem Wort „Bruch" verstanden wissen will. Wir haben geglaubt, daß mit dem Wort „Bruch" ein Zustand in der Werkstatt bezeichnet werden sollte, der einer „Reparatur", d. h. einer Besserung bedürftig ist. In diesem Sinne kann das Wort nicht als Beleidigung, sondern nur als eine Kritik aufgefaßt werden.

Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung".
Albert Röske.

Eingesandt.

Zur Beachtung für Korbmacher!

Kollegen! Erfreulich ist es, sagen zu können, daß in unserem Gewerbe jetzt eine gute Konjunktur herrscht, welche hoffentlich länger anhält, als dies sonst der Fall ist. Nicht nur, daß in jeder Nummer unserer Zeitung Korbmacher auf grüne Arbeit gesucht werden, auch in den anderen Zweigen unseres Berufes herrscht z. Zt. eine rege Geschäftstätigkeit. Damit die günstige Zeit nicht unbenutzt vorüber geht, muß es unsere Aufgabe sein, der Organisation Mitglieder zuzuführen, um, wenn möglich, uns zu gemeinsamer Aktion zu verständigen. Daß dieses nicht ohne weiteres geschehen kann, wird jeder einsehen. Dazu ist notwendig, daß alle in Betracht kommenden Kollegen dem Verbande angehören müssen. Die Vorteile, welche uns der Verband bietet, können nur mit längerer Zeit der Mitgliedschaft erworben werden. Ohne vorher der Unterstützung vom Verband sicher zu sein, kann nichts von Bedeutung unternommen werden.

Nach unserer Ansicht würde sich in der Fischkorbbranche sehr gut etwas erreichen lassen. Einen Anfang haben die Korbmacher in Wulsdorf und nächster Nähe gemacht, wenn sich die Forderungen auch in sehr bescheidenen Grenzen halten mußten, weil verschiedene Faktoren dabei in Betracht kamen, was die Korbmacher in jener Gegend am besten wissen. Um dieses für die Zukunft erfolgreicher betreiben zu können, ist es notwendig, mit **allen** für diese Arbeit in Betracht kommenden Orten in Verbindung zu treten. Zunächst wird es Sache der in dem Fach beschäftigten Kollegen sein, sich darüber zu äußern, ob sie gewillt sind, die zum Zwecke einer allgemeinen Lohnbewegung notwendigen Vorarbeiten mit übernehmen zu wollen, und ob der bezeichnete Weg der richtige ist.

Daß die Lohnverhältnisse in unserem Beruf verbesserungsbedürftig sind, ergibt sich aus der vom Vorstand vor zwei Jahren aufgenommenen Statistik, wonach der Unterschied in bezug auf die Arbeitszeit in den verschiedenen Orten, wo grüne Arbeit gemacht wird, drei Stunden täglich

beträgt. Weiter ergibt die Statistik, daß, je kürzer die Arbeitszeit, um so besser die Lohnverhältnisse sind. Schon dieses muß jeden Kollegen anspornen, eine immer kürzere Arbeitszeit anzustreben. Es ist auch schon in verschiedenen Orten dieselbe verkürzt worden, aber den Lohn höher zu bringen, ist schwieriger, und wird dieserhalb eine größere Aktion inszeniert werden müssen.

Hauptsächlich kommt Norddeutschland in Betracht; dann noch Wittenberge, Schönebeck, je ein oder zwei Orte in Pommern und Mecklenburg, welche einbezogen werden müßten, um Erfolg zu haben. Es wird notwendig sein, die beiden Gauvorstände Hamburg und Bremen dafür zu interessieren, welchen die bessere Uebersicht zur Seite steht. Nach unserer Ansicht könnte Bremen die Führung übernehmen, weil in dieser Gegend das Gros der Arbeiter beschäftigt ist. Für den Gau Hamburg kämen Hamburg, Altona, Alte Land und Herzhorn in Betracht.

Die erste Notwendigkeit ist, aus all den Orten, wo Fischkörbe gemacht werden, eine zuverlässige Adresse nach hier gelangen zu lassen; die Lohnkommission der Korbmacher Hamburgs erklärt sich bereit, das gesammelte Material an die in Frage kommenden Gauvorstände zu übermitteln. Die Kommission hält es für erforderlich, diese Feststellungen zu machen, um zu sehen, ob bei den Kollegen der Wille vorhanden ist, unserer Anregung entsprechend die Hand mit ans Werk zu legen.

Wir erwarten nun nicht nur von den Kollegen aus oben benannten Orten, sondern von allen, welche Fischkörbe machen und hier nicht näher bezeichnet sind, eine recht baldige Antwort. Von dem Interesse und der Unterstützung der gesamten in Betracht kommenden Kollegen muß alles weitere abhängig gemacht werden.

Mit kollegialischem Gruß

Die Lohnkommission der Korbmacher Hamburgs.
J. A.: A. Brauer, Sektionsführer,
Hamburg 9, Eichholz 84, 3. Et.

An die Adresse des Herrn Schneider in Mannheim.

In Nummer 40 des „Deutschen Holzarbeiter" befindet sich unter Rundschau ein Artikel, in welchem behauptet wird, ich hätte in meinem Eingesandt in Nummer 38 der „Holzarbeiter-Zeitung" lauter Unwahrheiten geschrieben; ich erkläre hiermit, daß mein Artikel voll und ganz der Wahrheit entspricht. Im übrigen, Herr Schneider, lesen Sie meinen Artikel erst genau durch, dann werden Sie die Unwahrheiten in Ihrem Artikel finden. Fauchen Sie übrigens nicht in der Fabrik wie ein gehetzter Kater, wenn man Ihnen einmal die Wahrheit sagt. Die Spalten unserer Zeitung sind mir zu wertvoll, als daß ich sie wegen der Christlichen in Anspruch nehme; wollten Sie die Wahrheit hören, so hätten Sie uns ja am Sonntag in der Versammlung der „Christlichen" nur Redefreiheit gewähren brauchen, da hätte ich Ihnen gerne die Beweise meiner Behauptungen gebracht. Ich hätte nicht einen Federstrich gemacht wegen der Christlichen, wenn ich nicht verpflichtet war, nachzuweisen, welch' traurige und erbärmliche Rolle sie hier wie überall gespielt haben.

K. Rehfeldt, Bevollmächtigter der Zahlstelle Mannheim.

Nürnberg, im September 1903.

In Nr. 37 vom 10. September befaßt sich ein Artikel der „Bildhauer-Zeitung" (Zur Generalversammlung betitelt) mit meiner Person, und zwar zunächst als Gründer der in Nürnberg bestehenden Sektion der Bildhauer und Ausschneider im Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Nürnberg. Mir liegt es fern, und habe es bisher stets vermieden, Stoff zu liefern, daß in gewerkschaftlichen Organen (hier „Bildhauer-Zeitung" einerseits und deutsche „Holzarbeiter-Zeitung" anderseits) eine Preßfehde zum Gaudium anderer Leute in Szene gesetzt wird; aber was notwendig erscheint, um Angriffe abzuweisen, muß es eben doch geschehen.

Schon lange vor Gründung der obenerwähnten Sektion im Jahre 1896 befanden sich Bildhauer, Holzschnitzer, Ausschneider als Einzelmitglieder im Deutschen Holzarbeiterverbande nicht allein in Nürnberg, sondern auch in anderen Städten.

Bei der Sektionsbildung der einzelnen Branchen innerhalb der Zahlstelle Nürnberg wurde die Frage angeregt, die einzelnen Kollegen zu sammeln, und ebenfalls mit Gewinnung von neuen unorganisierten gleichgesinnten Kollegen mit Hinzuziehung der Ausschneider eine Sektion ins Leben zu rufen; daß nun damals gerade ich zum Sektionsleiter bestimmt wurde, daraus kann mir doch kein Vorwurf gemacht werden, es waren eben die sogenannten Galanterie-Holzschnitzer, die sich bei den damaligen Herren Bildhauern nicht wohl fühlten; dasselbe war ja auch lange Zeit bei dem Artikelschreiber der Fall. Von der Gründung wurde der Vorsitzende, Kollege Kloß, in Stuttgart als auch noch, meines Wissens, der Kollege Dupont in Berlin, in Kenntnis gesetzt; eine Einwendung wurde auf Grund der in Nürnberg bestehenden Verhältnisse nicht erhoben und die Indifferenten waren zum mindesten organisiert.

Lange Zeit nun haben die Kollegen beider Organisationen gemeinsam ihre Interessen, sei es in Abhaltung von Versammlungen, Forderungen an die Unternehmer, als Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnverhältnisse 2c., zu wahren gewußt und einmütig dem Unternehmertum gegenüber ihre Interessen vertreten. Von Zeit zu Zeit gab es ja einzelne Nörgler, die ließ man einfach laufen.

Nun auf einmal tauchte, man wußte gar nicht warum, die Frage des Uebertritts unserer Mitglieder in den Zentralverein der Bildhauer Deutschlands auf, und die vom Artikelschreiber schon angedeutete Versammlung, bei der Kollege Dupont-Berlin anwesend war, sollte die Wege hierzu ebnen. Nun habe ich — und dies muß auch Kollege Dupont zugeben — erklärt, (ohne daß ich hierzu berechtigt gewesen wäre, denn die Mitglieder der Sektion hatten sich in dieser Angelegenheit noch nicht geäußert, sie konnten dies noch nicht, da wir vor der Versammlung noch nichts davon wußten), daß ich gegen einen Uebertritt nichts einzuwenden habe, wenn ein Ausgleich sich finden ließe, aber man solle doch bedenken, daß eine große Anzahl unserer Mitglieder, es waren 64, hauptsächlich die älteren, schon 6, 8 und 10 Jahre dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehören, und dort mir nichts dir nichts ihre erworbenen Rechte preisgeben könnten, ohne dafür anderweitig Konzessionen erlangen zu können, und dies könne nur dadurch geschehen, daß der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands dieselben mit allen Rechten und Pflichten übernehme, oder doch Mittel und Wege finde, diese Angelegenheit in die Wege zu leiten; begreiflicherweise kann dem nicht so mir nichts dir nichts mitgesprochen werden. Ferner wurde ja auch erklärt, die Ausschneider nicht übernehmen zu können (also eine Auslese); schließlich wäre die Verwaltungsstelle des Bildhauervereins noch hingegangen und hätte erklärt, wir nehmen blos die besseren Holzschnitzer, die anderen könnt Ihr behalten. Daß unter solchen Umständen die Mitglieder der Sektion an einen Uebertritt nicht denken, ist klar, abgesehen davon, daß selbst in Kreisen der Kollegen im Zentralverein Bedenken über die Zukunft desselben bestehen und Stimmung für Uebertritt zum Deutschen Holzarbeiterverband gemacht wird. (Siehe Artikel Bethke-Berlin.)

Selbst wenn ein Gewerkschaftskongreß einmal einen bestimmten Beschluß über die Zugehörigkeit zu einer Organisation fassen sollte, was ich bezweifle, so wird sich nicht alles schablonenmäßig vollziehen lassen, da man eben Anhänger einer Berufsorganisation oder Industrieverbandes sein kann. Die Zukunft wird durch die immer mächtiger werdenden Unternehmerorganisationen die Arbeiterschaft noch eines anderen belehren.

Wenn sich nun der Artikelschreiber darüber beschwert, daß es ein Jahr gedauert hätte, bis Antwort auf die Anregung gegeben wurde, so sieht er jedenfalls hieraus die Stimmung, die innerhalb der Sektion vorhanden ist und die zum Teil als Anmaßung bezeichnet wurde. Bemerkt sei, daß die gegenwärtige Ortsverwaltung der Zahlstelle Nürnberg die Angelegnheit einer kombinierten Verwaltungssitzung sämtlicher Sektionen unterbreitete, die den Beschluß faßte, hierüber zur Tagesordnung überzugehen.

Der Artikelschreiber sieht sich auch veranlaßt, in zynischer Weise zu betonen, daß unser früheres Mitglied gegenwärtig Ortsbevollmächtigter und Krankenkassenvorstand sei. Bezüglich des ersteren will ich ihm verraten, daß gerade die Schreinersektion es war, die mich hierzu in Vorschlag brachte, und hiermit ist der Beweis geliefert, daß innerhalb des Deutschen Holzarbeiterverbandes kein Berufsdünkel vorhanden ist; bezüglich des letzteren kann ich den Artikelschreiber nur bedauern, derartige Dinge kann man einmal unter der Hand abmachen, die Fachpresse will ich hier verschonen.

Nun zu dem wichtigeren. In dem Artikel wird hervorgehoben, sie hätten die Mitglieder der Sektion zu einer modernen zentralisierten Berufsorganisation herüberführen wollen. Ist denn der Deutsche Holzarbeiterverband keine moderne zentralisierte Organisation? Man sollte es doch vermeiden, im Gewerkschaftsleben mit derartigen Phrasen auf Kosten anderer Organisationen hausieren zu gehen, um Mitgliederfang zu treiben; es scheint bald, daß Kollege Bethke recht hat, daß der Mitgliederschwund innerhalb des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands noch rapider werden muß ob solcher Agitationsmittel. Der so viel gepriesene Deutsche Holzarbeiterverband und die Ortsverwaltung Nürnbergs hat in der Person des Herrn Weber einen Lehrmeister gefunden; nur schade, daß es zu spät ist.

Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, schreibt Herr Weber, daß bei Differenzen unsere Interessen von jener Seite nicht in der gewünschten Weise gewahrt werden. Nun, wir wissen, worauf es hinzielt, und ich habe die Verpflichtung, gegen derartige versteckte Angriffe die Orts-Verwaltung in Nünberg in Schutz zu nehmen. Allüberall, und bei jeder Gelegenheit, in Satuten, Versammlungen, in der Presse verweisen wir darauf, daß die Kollegen dem Unternehmertum gegenüber ein achtunggebietendes Benehmen an den Tag legen müssen, hauptsächlich bei ausbrechenden Differenzen alles vermeiden, was nur halbwegs dem Unternehmer einen gewissen Schein von Berechtigung verleiht, das Recht auf seiner Seite zu haben. Ferner darf der Kollege bei ausgebrochenen Differenzen dem Unternehmer nicht mit gebundenen Händen gegenüberstehen. Derselbe wird in den meisten Fällen dem betreffenden Arbeiter beim geringsten Fehler, der gemacht wird, eins auszuwischen suchen.

Unsere Ortsverwaltung hat die Pflicht, bei ausgebrochenen Lohndifferenzen alles zu prüfen, und sollte sie zu einer entgegengesetzten Meinung und Ueberzeugung kommen wie die Antragsteller, so darf sie der „gewünschten" Interessen wegen nicht das Ansehen und Interesse des Verbandes und seiner übrigen Mitglieder außer acht lassen. Dies in dieser Sache.

Ich maße mir nicht an, Lehren zu erteilen. Aber zu der Frage bin ich doch berechtigt, weil man die Sektion gar so gern in der Tasche hätte; haben denn die Kollegen im Zentralverein, Zahlstelle Nürnberg, gar kein Feld mehr, das sie agitatorisch bearbeiten können? Wäre es nicht besser, die indifferenten unorganisierten Kollegen in den einzelnen Geschäften, hauptsächlich die Kollegen der früher so gut organisierten großen Fabrik von J. N. Eitzer, wieder zu gewinnen? Klagen sie nicht selbst, daß es ihnen nicht gelingen will, die in Nürnberg beschäftigten Kollegen der Steinbranche, ebenso die Modelleure zu überzeugen, daß sie sich dem Zentralverbande der Bildhauer Deutschlands anschließen müssen? Sind sie an oben erwähnter Arbeit schon gestört worden? Wissen sie, daß, wenn an uns die Anfrage zur Mithülfe — obwohl wir gegenwärtig in Nürnberg selbst viel zu tun haben — gestellt würde, es ablehnen würden? Oder können sie nur einen Fall anführen, daß wir Gegenagitation getrieben oder aber ihre Einrichtung herabgewürdigt hätten? Gewiß nicht. Also hier den Hebel angesetzt, die freie Zeit dazu benutzt und sich nicht herumstreiten, wo der oder jener organisierte Kollege oder Arbeiter hingehört; und hier gibt es Arbeit in Hülle und Fülle. Die Ziele der modernen gewerkschaftlichen Organisation sind die gleichen. Hauptsache ist und bleibt, daß die Gesamtarbeiter zur Einsicht gelangen, und hierzu ist Gelegenheit genug gegeben, agitatorisch zu wirken, daß sie sich dem immer mehr organisierten Unternehmertum einmütig gegenüberstellen müssen.

Lasse man also derartiges, und provoziere man nicht Dinge, die als gegen die Interessen der organisierten Arbeiter angesehen werden und von den Unorganisierten und Indifferenten willkommen geheißen werden.

K. Werthmüller,
Bevollmächtigter der Zahlstelle Nürnberg.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Differenzen bei der Firma Haberstolz in Mühlhausen i. Th. sind durch Vermittlung der Lokalverwaltung beigelegt. Herr Haberstolz hat die Akkordpreise bis zu 10 pZt. erhöht, ferner hat er die 9½stündige Arbeitszeit und für Einzelarbeit 20 pZt. Lohnerhöhung bewilligt. Diese Zugeständnisse hat Herr Haberstolz schriftlich bestätigt. Als Herr H. einsah, daß es seinen Arbeitern mit der Beseitigung der traurigen Lohnverhältnisse in seinem Betriebe ernst war und sie eventuell darüber der weiteren Oeffentlichkeit Kenntnis geben würden, hat er in der zuvorkommendsten Weise mit ihnen verhandelt. Mögen die übrigen, der Organisation am Orte noch fernstehenden Kollegen es sich merken: daß, wenn Einigkeit unter den Kollegen vorhanden ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden können, und daß schließlich auch die Unternehmer einsehen, daß es besser ist, mit ihren Arbeitern in Frieden zu leben. Wenn die „Holzarbeiter-Zeitung" in diesem Kampfe sich die Ungunst des Herrn Haberstolz erwarb und er ihr den Prozeß machte, so läßt sich daran nichts ändern, wir haben jetzt Gelegenheit, an Gerichtsstelle den Beweis zu erbringen, daß der eine inkriminierte Ausdruck durchaus eine Berechtigung hatte und mit ihm lediglich der Zustand gekennzeichnet werden sollte, wie er vor der oben zu stande gekommenen Lohnvereinbarung vorhanden war.

Die Kollegen zweier Werkstätten in Frankenstein haben infolge ihres einigen Verhaltens und Vorgehens einen annehmbaren Erfolg erzielt.

Bei Herrn Ernst Seidel gelang es ihnen, die Arbeitszeit von 64 auf 61½ Stunden herabzubringen, bei Herrn Otto Schneider von 64 auf 60 Stunden. Einen Lohnausfall haben die Kollegen dadurch verhindert, daß sie schon vorher eine Lohnerhöhung von 1 bis 2 ₰ pro Stunde durchgesetzt hatten. Die Ueberglücklichen, welchen es gelang, die 64stündige Arbeitszeit um 2½ bezw. vier Stunden zu ermäßigen, wenden sich nun an alle ihre Mitarbeiter, gleich ihnen weniger dem Klimbim, als vielmehr der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihr Augenmerk zuzuwenden, dann werde es besser und die Klagen überflüssig werden. Sie haben recht; wenn nur alle Klimbimbrüder sie verstehen möchten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die bayerischen Schreinermeister berichten in der letzten Nummer der „Allgem. Handwerkerztg." über eine Zusammenkunft in Nürnberg, die bereits am 21. und 22. Juni d. J. stattgefunden hat. Weltbewegendes ist nun gerade dort nicht beschlossen worden, aber immerhin dringt etwas an die Oeffentlichkeit, das zu wissen doch unter Umständen nicht so übel ist. Es hat sich dort um die Bayerische Holzberufsgenossenschaft, d. h. um die Beiträge gehandelt, welche die Meister an dieselbe zahlen müssen. So viel ging aus den Verhandlungen hervor, daß die Beiträge zu hoch, daß die Verwaltung zu teuer, und daß sehr viele Geschäfte unwahre Angaben gemacht haben, um sich um die Beiträge herumzudrücken. So wird z. B. im Vorstandsbericht Stein und Bein geklagt über die soziale Gesetzgebung, die so große Anforderungen an die Meister stelle, und im gleichen Atemzuge wird wörtlich gesagt: „so mehren sich — beispielsweise — die Unfälle von Tag zu Tag, aber die Entschädigungen sind nicht alle Tage und so schnell aus der Welt geschafft und häufen sich ins Unendliche an. Deshalb tut Einigkeit sehr not! Denn nur geeint werden wir den nötigen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben!"

Die von Tag zu Tag sich mehrenden Unfälle genieren die bayerischen Schreinermeister nicht so sehr, es sind ja nur Arbeiterknochen, die in ihren Kaffeemühlen und Klapperkasten kaput gehen — aber die Entschädigungen für die Invaliden der Arbeit möchten sie gerne aus der Welt haben. Recht interessant ist, zu hören, wie man die Berufsgenossenschaft um die Beiträge bemogelt. Herr Trögl-München sagte, man habe bei der Berufsgenossenschaft die Erfahrung gemacht, daß die kleineren Schreinereien vielfach behaupteten, grundsätzlich keinen Arbeiter an Maschinen in fremden Betrieben arbeiten zu lassen, obwohl dies nach seiner Ueberzeugung in den allerwenigsten Fällen zutreffe; andere wieder behaupteten, nur bestimmte Arbeiter an den Maschinen zu beschäftigen. Tatsache aber sei, daß gerade in solchen Fällen auch die übrigen Arbeiter sich an den Maschinen zu schaffen machten, und gerade diese Kategorie von Arbeitern stelle keinen geringen Prozentsatz der Unfälle; „alles dies wurde angegeben, um eine möglichst niedrige Einschätzung zu erreichen. Hier ist der Unehrlichkeit Tür und Tor geöffnet; der Ehrliche muß für den Unehrlichen mitbezahlen."

Herr Valland-Würzburg sagte, ihm habe Ingenieur Gumbert gesagt, da die Schreinermeister so vielfach unrichtige Angaben machten, müßten sie sich gefallen lassen, daß sie über einen Kamm geschoren würden. Herr Gumbert habe ihm von einem Betrieb in München gesagt, der ℳ 30 000 zu wenig zur Umlage angegeben habe. Herr G. habe weiter gesagt, daß besonders Würzburg und Unterfranken es seien, wo eine Revision sehr not tue. Er werde sich Unterfranken genau anschauen. 200 Betriebe sind allein im Landshuter Bezirk nicht angemeldet.

Hierauf wurde geklagt, daß die Verwaltungskosten der Bayerischen Berufsgenossenschaft zu hohe seien. So bekomme z. B. der Revisionsingenieur ℳ 3000 Gehalt, dazu Reisespesen, alles in allem zirka ℳ 8000 pro Jahr.

Herr Spönnemann-Nürnberg ärgert sich darüber, daß nach dem sogenannten Handwerkergesetz zu den vielen schwerwiegenden Verpflichtungen den Lehrlingen gegenüber auch noch die komme, sie zu dem „vollen ortsüblichen Tagelohne umlegen zu müssen, trotzdem diese doch nicht so viel verdienen."

Diese Filzigkeit und Kurzsichtigkeit des Herrn Spönnemann ging denn doch einigen objektiv denkenden Schreinermeistern zu weit; mit Recht betonten sie, daß man die Rente eines verunglückten Lehrlings doch nicht zeitlebens auf seinem wirklichen Verdienst basieren könne, man solle also nicht etwas erstreben, was die Sache der Handwerker nur schädige, indem es ihre Bestrebungen in ein falsches Licht stelle.

Die Schreinermeister vom Schlage des Herrn Spönnemann machen ihrem Stande in bezug auf gerechte Behandlung ihrer Lehrlinge wahrhaftig keine Ehre, und es ist ein Glück, daß diese Kategorie von Meistern — wie wir hoffen

— in ihren reaktionären Ansichten über die Pflichten eines Lehrherrn in der Minderheit bleiben. Diese Herren sind es aber auch in der Regel, die den Mund sehr voll nehmen über die Lasten der Arbeiterversicherung, sich aber möglichst um dieselben herumdrücken.

Die Schönheider Bürstenfabrik Akt.-Ges., vorm. F. Lenk, konnte nach Abschreibung von M. 17 888 einen Reingewinn von M. 35 399 an die Aktionäre verteilen. Sind es auch „nur" 6 pZt. Dividende, so doch eine sehr angemessene Vergütung für — Nichtstun.

Die Vereinigten Pinselfabriken Akt.-Ges. in Nürnberg werden nach einem Vorschlag des Aufsichtsrats den Aktionären am 17. Oktober in einer Generalversammlung 12½ pZt. Dividende in Aussicht stellen. Der Gewinn des am 30. Juli beendeten Geschäftsjahres beträgt, einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre, M. **736 723,57**, im Vorjahre M. 667 159,65. Die Dividende kann daher von 11 pZt. (im Vorjahre) auf **12½** pZt. erhöht werden. Damit die Begehrlichkeit der Aktionäre nicht gar zu grell ins Licht gerückt wird, sind M. 161 497,75 verwandt zu Abschreibungen auf Maschinen, Immobilien, zur Auszahlung der Tantièmen, zur Dotierung der Beamtenfonds und — man falle nicht um vor Schreck — auch zur Dotierung des Arbeiterfonds. M. 50 000 werden dem außerordentlichen Reservefonds zugeschrieben und restliche M. 56 475,82 auf neue Rechnung vorgetragen.

Also für alle Fälle gesichert, falls die Dividende einmal aus unvorhergesehenen Ursachen etwas geringer ausfallen sollte als in diesem Jahr. Daß man bei der Verteilung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwertes überhaupt noch an sie denkt, ist übrigens ein Wunder, aber man muß schon der Oeffentlichkeit wegen den Arbeitern gegenüber ein „Wohltäter" sein! Wenn die Sache nicht so ernst wäre, man könnte über diese Naivität der Leutchen lachen!

O, die Unternehmer verstehen es, die Uneinigkeit ihrer Arbeiter sich zunutze zu machen. Noch ein Jahr der Uneinigkeit und die Dividende kann um weitere 1½—3 pZt. erhöht werden. Wann endlich werden die Berufskollegen zur Vernunft kommen?

Die Geigenmacher in Schönbach in Böhmen betreffend hatten wir in Nr. 39 angeregt, ob es nicht zweckmäßig sei, daß unsere Gauverwaltung in Chemnitz einmal mit der Redaktion der „Freie Worte" in Zwodau Verbindung wegen Erhalt von Adressen anknüpfte, damit eine Besprechung mit den Geigenmachern in Schönbach stattfinden könne, um die beregten Uebel zu beseitigen. Die Redaktion der „Freie Worte" schreibt nun in ihrer neuesten Nummer wie folgt:

„Dieser Anregung der deutschen „Holzarbeiter-Zeitung" stimmen wir voll und ganz bei. Eine gemeinsame Besprechung unserer Lage würde für die Schönbacher und ebenso für die sächsischen Geigenmacher nur vom Vorteil sein. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Geigenmacher diesseits und jenseits der Grenze verlangen dringend eine Klärung. Es wäre also eine gemeinsame Besprechung schon in dieser Hinsicht sehr wünschenswert. Wenn eine Fühlung hergestellt würde, wäre es nicht unmöglich, den Händlern gegenüber einen Tarif festzusetzen, wie es ja die Baßmacher von Markneukirchen und Klingental bereits getan haben. Bezüglich unserer Bestandteilmacher ist die Sache allerdings etwas schwieriger; es würde sich jedoch auch für diese Branche bei einem gemeinsamen Vorgehen etwas machen lassen. Die Arbeitsverhältnisse der Bestandteilmacher weisen naturgemäß auf die Produktiv-Genossenschaft, und käme sie einmal zu stande, so würden den Geigenmachern in Sachsen daraus durchaus keine Nachteile erwachsen. Für solide Arbeit und pünktliche Lieferung würden sie gewiß gern einige Groschen mehr zahlen. Aber so weit sind wir ja heute noch nicht. Also an unserem guten Willen soll es nicht fehlen, eine gemeinsame Besprechung mit unseren Berufskollegen in Sachsen herbeizuführen. Wir sind ja doch — trotzdem uns die Grenzpfähle trennen — alle aufeinander angewiesen. Es gibt nichts Selbstverständlicheres auf der Welt, als daß sich die Arbeiter zwecks der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zusammenfinden müssen. Also, wie gesagt, an uns wird es nicht fehlen."

Kollege Thielmann in Chemnitz wird den Versuch gewiß machen.

„Japan und der Musikinstrumenten-Export." Unter diesem Stichwort finden wir in der „Musikinstrumenten-Zeitung" folgende Aeußerung des schweizerischen Konsuls in Yokohama: „Von europäischen Musikinstrumenten werden in Japan selbst, und zwar mit Erfolg, Orgeln, Klaviere und Geigen hergestellt. Mit zunehmender Zivilisation nimmt in diesem Lande auch das Interesse an westlicher Musik allmählich zu. In Tokio besteht eine staatliche Musikschule, an welcher in der Mehrzahl deutsche Lehrer wirken. Wenn man erwägt, wie oberflächlich nach unseren Begriffen das musikalische Verständnis der Japaner ist, welche als nationales, fast in jedem Hause zu findendes Instrument nur eine klägliche Art Guitarre allerprimitivster Form besitzen, so ist es einfach erstaunlich zu sehen, welche Erfolge jene Schule in den wenigen Jahren ihres Bestehens bereits aufzuweisen hat. Vor etwa zehn Jahren war, als Modesache, eine große Nachfrage nach schweizerischen Spieldosen. Dieselbe ist jedoch allmählich vollständig verschwunden. Musikinstrumente, besonders Pianos für die hier lebenden Fremden, wurden hauptsächlich aus Deutschland (für 30 000 Yen), Amerika (15 000 Yen) und England (12 000 Yen) bezogen. Die Pianos werden für das feuchte Klima Japans speziell gebaut."

Hier trifft dasselbe zu, was Professor Dr. Oldenberg schon einmal in bezug auf den Aufschwung der Industrie im Auslande überhaupt sagte, „man beklagt sich darüber, daß der Export geringer wird, und anderseits sorgt man dafür, daß ausländische Techniker in deutschen Fabriken ausgebildet werden, damit sie ihren ehemaligen Lehrmeistern in ihrer Heimat Konkurrenz machen können." Was Oldenberg in bezug auf die Textilindustrie sagte, trifft auch hier auf die Instrumentenindustrie zu.

Aeußerst gut entwickelt in Japan ist auch die Bürstenindustrie. In der „Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammfabrikation" lesen wir:

„Die größten Fabriken befinden sich in Osaka, dann folgen Tokio, Yokohama und Kobe. Der Bedarf des Landes wird durch diese Fabriken nicht nur vollständig gedeckt, sondern es findet bereits ein Export statt, der seit Mitte der 90er Jahre auf 600 000 Yen zu steigen vermochte. Die „Imperial Brush Factory" in Osaka, welche lediglich für die Vereinigten Staaten von Amerika arbeitet und täglich über 60 Gros Zahnbürsten herstellt, steht unter der Oberleitung eines Amerikaners; die dort erzeugten Bürsten sind erstklassig zu nennen. Im Hofe liegen mächtige Stämme des wertvollen Ebenholzes und Berge von meist aus Chicago bezogenen Knochen. Die Dekorationen der Bürsten sind teilweise überraschend hübsch; die Preise sind niedriger, und die Arbeit ist mindestens ebenso gut wie diejenige der französischen Durchschnittsindustrie. Man kann zur Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit der Fabrik nicht direkt korrespondieren, sondern nur durch „M. Archibald S. Newbery, with Arai et Briesen, 100 Prince Street, Newyork, U.-S.-A." Zahnbürsten wurden im Jahre 1902 exportiert 882 655 Dutzend im Werte von 477 158 Yen gegen 282 152 Yen für 1901. Beste Abnehmer waren die Vereinigten Staaten von Amerika mit 885 000 Yen, dann folgten Großbritannien mit 80 000 Yen, China mit 19 000 Yen usw. Andere Bürsten wurden im Werte von 149 174 Yen ausgeführt, ebenfalls zu drei Vierteln nach Amerika. In der Ausstellung zu Osaka waren ganze Bürstengarnituren in großen Etuis mit Silber-, Elfenbein- und Schildpattrücken ausgestellt. Die Silberarbeiten werden in Yokohama sehr schön angefertigt, die bunten Einlagen auf Elfenbein sowie die Schildplattengegenstände kommen aus Nagasaki. Alle diese Sachen sind in Japan viel billiger, als die entsprechenden Artikel in Europa. Neben der bereits erwähnten Imperial Brush Factory haben auch noch die Nippon Brush Factory sowie die Kansai Brush Factory in Osaka ausgestellt. Die letztere stellt Zahnbürsten serienweise aus, von 6 bis 20 Yen das Gros, ferner alle Arten von Pinseln. Die Pinselfabrikation ist in Japan, da jedermann mit Tusche und Pinsel schreibt, ganz besonders entwickelt."

Die Ausfuhrgebiete für deutsche bezw. europäische Waren nehmen immer mehr ab, weil in jenen der Ausfuhr bisher günstigen Ländern „besser und billiger gearbeitet wird als in Europa". Billigeres Rohmaterial, billige Arbeitskräfte! Wäre man in Deutschland nur auch erst so weit, daß die Arbeiter so genügsam wären, wie die in Japan; ja, dann käme eine herrliche Zeit!

Gewerkschaftliches.

Die Töpfer in Velten haben den Generalstreik erklärt. Sie hatten 15 pZt. Lohnerhöhung gefordert, haben sich schließlich mit 5 pZt. zufriedengegeben. Der Streik hätte sich vermeiden lassen, wenn die Unternehmer mit sich hätten unterhandeln lassen. Die Arbeiter hatten in einer gemeinsamen Versammlung am 18. September beschlossen, den Landrat um Vermittlung anzurufen, damit der Streik verhütet werde. Der Landrat hat sich auch bereit erklärt, das zu tun; die Fabrikanten jedoch haben sich zur Verhandlung nicht gestellt. In einer Unternehmerversammlung haben die Herren erklärt, sie könnten wohl eine Lohnzulage gewähren, tun es aber grundsätzlich nicht, um mal zu zeigen, wer Herr im Hause sei. Der Landrat könne ihnen sonst was! Also ein Kampf um die Machtfrage, den aber die Arbeiter durchaus nicht gesucht haben. Die Herren bilden sich ein, dadurch Ruhe zu haben; wenn nur nicht zu spät die Einsicht kommt. Der Kampf wird durch die von den Unternehmern hineingeworfene Machtfrage ohne Zweifel hartnäckig, dessen sind sich auch die Veltener Arbeiter bewußt. Am 29. September ist dann mit 1200 gegen 70 Stimmen der Generalstreik beschlossen. In den Streik eingetreten sind 800 Töpfer, 800 Hülfsarbeiter, 120 Kutscher und 37 Maschinisten. Was dieser Streik, welchen die Ofenfabrikanten durch ihre Hartnäckigkeit heraufbeschworen haben, für den Ort Velten bedeutet, ermißt nur der, welcher weiß, daß Velten nur etwas über 7000 Einwohner zählt. Zuzug von Töpfern, Kutschern, Maschinisten und Arbeitern nach Velten ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Fürstenwalde beschlossen einstimmig 130 Töpfer die Arbeit einzustellen. Die Unternehmer haben sich ebenfalls geweigert, auf dem Unterhandlungswege sich mit den Gesellen zu einigen. Die Forderungen der Kollegen belaufen sich im Durchschnitt auf 10 pZt.

In Leuben ist der Tarif von den Unternehmern, in Berlin von den Arbeitern gekündigt. Den Töpfern stehen also große Kämpfe bevor.

Eine Massenaussperrung der Berliner Metallarbeiter seitens der Berliner Eisenindustriellen sollte bis zum 1. Oktober vor sich gehen. Man rechnete mit 12 000 bis 14 000 Arbeitern, die man aufs Straßenpflaster werfen wollte. Bis zum Abend des 1. Oktober waren aber erst 800 Mann hinausgeworfen. Möglich, daß die Unternehmer sich in letzter Stunde noch eines Besseren besonnen haben.

Bis zum 3. Oktober belief sich die Zahl der Ausgesperrten auf rund 5000, während, wie oben gesagt, 14 000 bei den Verbandsfirmen beschäftigt sind. Dem „Vorwärts" wird über die Angelegenheit wie folgt berichtet:

„Auf Grund dieser Tatsache sowie auf Grund verschiedener anderer Mitteilungen muß bestimmt angenommen werden, daß die weitaus meisten Firmen von der Befolgung der Aussperrungsbeschlüsse dispensiert worden sind, wenn sie sich nicht etwa gar selbst „dispensiert" haben. Es gewinnt der Anschein, als hätten sich die Kühnemänner die Ausführung ihrer Beschlüsse hübsch zweimal überlegt. Wie dem aber auch sein mag, so viel steht fest: Auf die Streikenden und Ausgesperrten hat das alte Schreckmittel der Metallindustriellen, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, seine Wirkung vollständig verfehlt. Würden die Kühnemänner sich getrauen, die Versammlungen der Metallarbeiter zu besuchen, so würden sie geradezu verblüfft sein über die musterhafte Ruhe und kühle Gelassenheit, mit der die Arbeiter die Maßregeln der „Herren aus der Gartenstraße" besprechen. Keine Spur von Aufregung oder Unruhe, keinerlei Beklemmungen, am allerwenigsten aber irgend ein Symptom, das auch nur im entferntesten an Aengstlichkeit erinnern könnte. Rein geschäftsmäßig, jedoch mit gewohnter Umsicht und Präzision werden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die „große Aktion" der Kühnemänner wirkungslos zu machen. Hier zeigen sich deutlicher als je zuvor die Erfolge jahrelanger gewerkschaftlicher Schulung. Jeder organisierte Metallarbeiter weiß, welch einen gewaltigen Rückhalt ihm seine in Sturm und Kampf erprobte, machtvoll gestärkte Organisation gegenwärtig bietet. Bei der musterhaften Solidarität, die unter den Streikenden und Ausgesperrten herrscht läßt es sich schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß der gegen sie geführte Schlag der Kühnemänner ein Schlag ins Wasser sein dürfte. Der Metallarbeiterverband hat nicht umsonst so intensiv an seinem inneren Ausbau gearbeitet; er wird den Kühnemännern — dessen können sie sich nunmehr versichert halten — diesmal mit ganzer Kraft und Energie die Stirn bieten. Dieser Kampf wird aller Voraussicht nach nur dann beendet werden, wenn sich die Metallindustriellen zum Abschluß des geforderten Tarifvertrages für die streikenden Drücker und Gürtler bequemen und den Metallarbeiterverband als vertragschließende Organisation anerkennen.

Der Metallarbeiterverband hat schon einen um so größeren Vorteil auf seiner Seite, als er erst kürzlich mit 140 Firmen, die dem Kühnemänner-Verbande nicht angehören, einen solchen Tarifvertrag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen hat. Auch eine Anzahl Verbandsfirmen hat diesen Tarifvertrag bereits anerkannt und täglich melden sich neue Firmen, die versichern, sie würden den Vertrag lieber heute als morgen anerkennen, wenn sie nicht die Konventionalstrafe des Kühnemänner-Verbandes fürchten müßten. Demnach ist die Situation für die Metallarbeiter eine durchaus günstige. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß sich eine erhebliche Anzahl Firmen vom Kühnemänner-Verband losmacht und sich gemeinsam mit den Vertragsfirmen zu einer neuen losen Unternehmer-Vereinigung verbindet, weil ein nicht geringer Teil jener Unternehmer durch die Satzungen seines Verbandes sehr unangenehm in seiner kommerziellen Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird. Dadurch aber würde der Scharfmacherverband wesentlich geschwächt und schließlich isoliert werden, und sein unheilvoller Druck auf die Arbeiter würde sich dann naturgemäß bald bedeutend vermindern. Eine solche Entwicklung kann dem Metallarbeiterverband schließlich auch recht sein, wenn die Kühnemänner es nicht vorziehen sollten, rechtzeitig die jetzigen Arbeiterforderungen anzuerkennen. In der letzten Vertrauensmännerversammlung des Metallarbeiterverbandes war man sich durchaus darüber einig, daß die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel zur Durchführung dieses Kampfes auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen werde. Die Arbeiter der einzelnen Werkstätten und Fabriken haben den Vertrauensmännern erklärt, sie würden mit der größten Bereitwilligkeit die in den zwölf Massenversammlungen beschlossenen 5 pZt. ihres wöchentlichen Arbeitsverdienstes an die Streikkasse abführen, so daß durch diese Summen im Verein mit den zur Verfügung stehenden Fonds alle Ausgaben gedeckt werden können, selbst dann, wenn noch diverse Tausende von Arbeitern mehr ausgesperrt werden sollten.

Zur Massenaussperrung der Textilarbeiter in Crimmitschau. Der Kampf in Crimmitschau dauert unverändert fort. Die Fabrikanten werden jetzt einsehen, daß sie sich gründlich getäuscht haben. Sie glaubten durch einen brutalen Gewaltakt, durch die Generalaussperrung, die Arbeiterorganisation in kürzester Zeit aktionsunfähig zu machen und so den Widerstand der Arbeiter zu brechen. „Sie müssen kommen und um Wiedereröffnung der Fabriken bitten" erklärte ein großer Industrieller. Jetzt sind sechs Wochen ins Land gegangen und noch immer ist die Kampfeslust der Ausgesperrten unvermindert. Die Unterstützungen werden prompt ausgezahlt und für die nächsten Wochen ist nach dieser Richtung nichts zu befürchten. Die Fabrikanten verlangen bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. In einer Zuschrift an den Bürgermeister haben sie folgendes erklärt:

„Wir haben uns vor Ausbruch des Streiks unter der Bedingung, daß der Streik vermieden bliebe, bereit erklärt, die Arbeitszeit auf allgemein 10½ Stunden herabzusetzen.

Die Streikführer haben dies Zugeständnis, welches uns gegenüber unserer vorherrschend 11 Stunden bei billigeren Löhnen arbeitenden Konkurrenz weit in Nachteil setzt, abgelehnt und den Streik erklärt. Dieser nunmehr über fünf Wochen währende Streik hat uns so schwere Verluste gebracht, daß wir nicht mehr in der Lage sind, eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen, sondern unsere Betriebe nur zu alten Arbeitsbedingungen wieder öffnen können. Wir versprechen aber, in Gemeinschaft mit unserer Konkurrenz eine allgemeine Verkürzung der Arbeitzeit anzustreben."

Selbstverständlich fällt es den Arbeitern nicht ein, zu den alten Arbeitsbedingungen in die Fabrik zu laufen. Wohl aber haben die Arbeiter das Unternehmertum, den Spinner- und Fabrikantenverein, in einem Schreiben an den Bürgermeister sofort der Unwahrheit geziehen. Sie haben nämlich festgestellt, daß es den Tatsachen nicht entspricht, wenn die Fabrikanten jetzt behaupten, sie hätten vor „Ausbruch des Streiks" die 10½stündige Arbeitszeit bewilligt. Bis heute ist davon von seiten der Fabrikanten noch nie die Rede gewesen. Die Fabrikanten haben vielmehr nur 15 Minuten Verkürzung der Arbeitszeit unter Wegfall der Waschzeit zugegeben. Da der große Teil der Fabriken bisher 11 Stunden arbeitete — zirka 50 Betriebe arbeiteten 11 Stunden, 26 Betriebe 10¾ Stunden —, so hätten diese Betriebe also eine 10¾stündige Arbeitszeit gehabt. Die Angaben der Fabrikanten entsprechen also nicht der Wahrheit. Sie sehen ein, daß sie sich verrechnet haben, und versuchen nun, die Welt zu täuschen. Was die Arbeiter auf das im Schlußsatz ausgesprochene Versprechen, eine allgemeine Verkürzung der Arbeitzeit anstreben zu wollen, geben können, beweist der in dieser Woche von den Baumwoll-Industriellen Deutschlands gefaßte Beschluß, einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Auch das entspricht nicht der Wahrheit, wenn die Unternehmer behaupten, die Arbeiter hätten eine Machtprobe machen wollen, und einer der Führer hätte dies zugegeben. Weder hat ein Führer einen derartigen Unsinn geredet, noch haben die Arbeiter je daran gedacht, mit den Unternehmern eine Machtprobe einzugehen. Sie wollten lediglich ihr Recht, haben seinerzeit nur in fünf Fabriken gekündigt. Durch die Generalaussperrung haben die

Unternehmer die Machtfrage aufgeworfen. Die Arbeiter werden in diesem Kampf ihren Mann zu stellen wissen. Die deutsche Arbeiterschaft aber möge in ihrem Eifer, für Crimmitschau zu werben und zu agitieren, nicht erlahmen. Vor allem möge man Streikbrecher von Crimmitschau fernhalten.

Der Zentralverband der deutschen Schneider und Schneiderinnen feierte am 1. Oktober sein 15jähriges Bestehen. Schon vor 36 Jahren bestand ein allgemeiner deutscher Schneiderverein, der dem Sozialistengesetz wie viele andere zum Opfer fiel. Der im Jahre 1888 gegründete Unterstützungsbund der Schneider, welcher 2300 Mitglieder zählte in 55 Filialen, wurde kurz vor dem Stattfinden der Generalversammlung in Weimar vom 8.—10. August von der Behörde in Halle, woselbst der Bund seinen Sitz hatte, wegen der Unterstützungseinrichtungen dem Versicherungsgesetz unterstellt. Durch eine Statutenänderung, welche die Unterstützungen als freiwillige bezeichnete, d. h. kein Mitglied ein statutenmäßiges Recht hatte, solche zu fordern — wurde diesem Zustand ein Ende gemacht. Der Sitz des Vorstandes wurde im gleichen Jahre nach Hannover, später nach Flensburg und Stuttgart und dann nach Berlin verlegt; bis zum 1. Oktober des vorigen Jahres wurde die Fachzeitung in Hamburg redigiert und gedruckt, jetzt in Berlin am Sitze des Vorstandes. Die Mitgliederzahl ist seit 1891 ständig, wenn auch langsam gestiegen. 1891 zählte der Verband 7244 männliche und 134 weibliche Mitglieder, 1903 im 2. Quartal 19 829 männliche und 904 weibliche. Im gleichen Maße wie die Mitgliederzahl stieg auch der Vermögensstand des Verbandes. Im letzten Quartal schloß die Hauptkasse mit einem Bestand von M. 88 000 ab. Der Umfang der Unterstützungen in den letzten vier Jahren ergibt sich aus folgenden Ziffern: für Reiseunterstützung M. 31 494,31, Krankenunterstützung M. 43 641,33, Gemaßregeltenunterstützung M. 1463,75, Umzugskosten M. 579,15, Streikunterstützung M. 163 857,34, Rechtsschutz M. 1060,71. Für Agitation wurden verausgabt M. 23 607,85 und für die Fachzeitung M. 78 871,68. Ueber die Kämpfe und besonders die Erfolge schreibt die Fachzeitung: Vor 15 Jahren waren in allen Branchen der Schneiderei noch ganz unhaltbare Zustände vorhanden, heute werden solche nur noch in wenigen Orten angetroffen, wo unsere Organisation noch keinen festen Fuß fassen konnte. In der Bezahlung der Arbeit, wie auch in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit herrschte früher im allgemeinen vollständige Willkür; feste Lohntarife, Bezahlung der Extraarbeit, Entschädigung für Sonntags- und Nachtarbeit waren ganz unbekannte Dinge. Jeder Kollege mußte sich der jeweiligen Laune seines Arbeitgebers fügen und unterordnen. Wenn darin nun seit einigen Jahren in verschiedenen Städten eine Aenderung herbeigeführt worden ist, so ist dies nur dem Zusammenschluß der Kollegen in der Organisation zu verdanken. Jede Verbesserung mußte erkämpft werden, und fortwährend wird den Kollegen das Errungene noch wieder streitig gemacht. Innungen und Arbeitgeberverbände wetteifern miteinander um die Palme, die Arbeiter an ihrem weiteren Vordringen zu hindern, trotzdem sie selber zugeben müssen, „daß auch in der Maßschneiderei manches und an mancher Stelle verbesserungsbedürftig ist".

Vieles bleibt im Schneidergewerbe noch zu tun übrig, aber es wird gelingen, bei zäher Ausdauer und unermüdlicher Werbearbeit Besserung zu schaffen. Wir wünschen dem Verbande in diesem Streben besten Erfolg.

Eine Kreiskonferenz der Gewerkschaften des Lennetales, an der 25 Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, beschloß, die Kreis-Gewerkschaftskommission als Kontrollinstanz für das Arbeitersekretariat und zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsagitation weiterhin bestehen zu lassen. Vorort der Kommission soll der Sitz des Sekretariats, also vorerst Iserlohn, sein. Da der bisherige Sekretär Limberts wegen Berufung nach Essen zum 1. Januar seine Kündigung eingereicht hat, soll die Stelle mit einem Anfangsgehalt von M. 2000 öffentlich ausgeschrieben werden. — An der Konferenz nahm als Vertreter der Generalkommission Genosse Legien teil.

Richard Härtel, der Begründer des Deutschen Buchdruckerverbandes ist am 26. September in Leipzig gestorben. Die Buchdrucker hoben diesem Manne, dessen ganzes Leben ihrer Organisation gewidmet war, viel zu danken. Und sie tun es auch, wie die große Verehrung des Gründers des Verbandes bei Lebzeiten und bei seinem Begräbnis bewiesen hat.

Der 36. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften tagte Anfang September in Leicester. Es waren 460 Delegierte anwesend, die 1 500 000 organisierte Arbeiter vertraten. Von den größeren Gewerkschaften fehlten nur zwei: die der Mechaniker und Eisengießer, die zusammen etwa 100 000 Mitglieder zählen. Der Beschluß des Kongresses gegen die Chamberlainsche Zollpolitik wurde bereits mitgeteilt. Mr. Currran (Delegierter der Gasarbeiterunion und Präsident der General Federation of Trades-Unions) brachte hierauf folgende Resolution ein: „Der Kongreß begrüßt herzlich die Politik direkter Arbeitervertretung, wie sie auf der letzten Jahreskonferenz in Newcastle beschlossen wurde, und fordert alle Trades-Unions, die sich dem Komitee für Arbeitervertretung noch nicht angeschlossen haben, auf, in dieses einzutreten, so daß die gesamte Arbeiterbewegung für bestimmte politische Zwecke vereinigt ist." In seiner Begründung betont Mr. Curran: Ich glaube, daß die Arbeiterpartei stark genug ist, ihren eigenen Kampf selbst auszufechten und ich wünschte, daß sie zur Wahl schreite unverdorben, unbestochen durch irgend eine andere politische Partei. Ein Delegierter der Maurer brachte den Zusatzantrag ein, daß nur Arbeiter dem Komitee angehören sollen. Dieser Antrag hätte den Ausschluß der Sozialisten zur Folge gehabt. Bei der Abstimmung wird der Zusatzantrag mit 209 gegen 53 Stimmen abgelehnt und die Resolution mit 200 gegen 82 Stimmen angenommen. Die Delegierten, die für die Resolution stimmten, vertreten 506 000 Mitglieder, die Delegierten, die dagegen stimmten, nur 285 000. Die Resolution ist also mit einer Majorität von 221 000 — also fast mit Zweidrittelmehrheit — beschlossen worden. Das Ergebnis wurde mit brausenden Cheers aufgenommen. Die liberalen Blätter sind über das Ergebnis ganz bestürzt. Es scheint also, daß es mit der selbständigen Arbeiterpartei auch in England Ernst werden will. Bis sich die englischen Arbeiter zum bewußten Klassenkampf durchringen, wird es freilich noch eine Weile dauern.

Die oben erwähnte Newcastler Resolution, die auf dem Kongresse des Komitees am 21. Februar d. J. angenommen wurde, lautete:

„Der Kongreß betrachtet es absolut notwendig, daß das Komitee und die Führer der ihm angehörenden Gewerkschaften sich allen Verbindlichkeiten mit den bürgerlichen Parteien strengstens enthalten, da wir den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Klasse nur gerecht werden können, wenn wir ohne Rücksicht auf die anderen Parteien unsere Politik aufbauen."

Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildet weiter die Erörterung der gesetzlichen Stellung der Trades-Unions. Mr. B. Cooper (Zigarrenmacher) legte dem Kongreß folgende Resolution vor:

„Indem der Kongreß die Gefahr erwägt, die jede Anerkennung einer zivilgerichtlichen Verantwortlichkeit für die Fonds der Trades-Unions einhält, indem er weiter erwägt, daß die Freiheit von der Schadenersatzpflicht für die Trades-Unions gar keinen Vorteil bedeutet, dessen sich die Unternehmerorganisationen nicht auch erfreuten, kommt der Kongreß zu der Ueberzeugung, daß die gerichtliche Entscheidung, die jüngst gegen die Trades-Unions erflossen ist, nicht übereinstimmt mit den Absichten des Parlaments, die es bei der Schaffung der Trades-Unions-Akten von 1871 und 1876 gehabt hat. Der Kongreß beauftragt deshalb das parlamentarische Komitee, ein Gesetz auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, durch das die Freiheit des Trades-Unions-Fonds vor jeder Schadenersatzklage gesichert wird und den Trades-Unions wieder jener Schutz, der nach der Ansicht von Parlamentsmitgliedern, Richtern und Trades-Unionisten vor dem Taff Vale-Urteil bestand. Weiter wird das parlamentarische Komitee aufgefordert, allen Kandidaten für das Unterhaus in einem Zirkular die Anschauungen des Kongresses über diese Angelegenheit mitzuteilen, sich über die Stellung der einzelnen Kandidaten zu dieser Frage zu vergewissern und die Trades-Unions zu informieren, welche Kandidaten sie bei den verschiedenen Wahlen unterstützen sollen."

Die Resolution wurde nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung war der Bevollmächtigte der Zahlstelle Breslau, Peikert, angeklagt. Der Sachverhalt ist folgender: In einer Werkstatt in Breslau brach im Monat Mai ein Streik aus. Dieser wurde nach einer Woche von der Verwaltung als verloren aufgegeben. Unter den Arbeitswilligen befand sich einer namens Zirtz. Als dieser nun nach Feierabend mit den anderen Arbeitswilligen den Heimweg antrat, begegnete ihnen Peikert. Von einem streikenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß diese wahrscheinlich nach unserem Bureau gehen und eine Einigung herbeiführen wollen, trat er an zwei derselben persönlich heran. Das Gespräch bewegte sich in ruhigen Bahnen. Zum Schluß bemerkte der Bevollmächtigte: „Arbeitet ruhig weiter, ich kann aber nicht dafür, wenn die Mitglieder Euch Streikbrecher heißen werden." Darauf versetzte Zirtz demselben mehrere Schläge ins Gesicht und stieß ihn noch mehrmals mit dem Fuß vor den Unterleib. Dies der Tatbestand.

Nun ist gegen Peikert Anklage wegen „öffentlicher Beleidigung" vom Staatsanwalt erhoben worden. Im Termin sagt Zirtz unter Eid aus, daß er von P. geschlagen und bedroht worden wäre mit den Worten: Warten Sie, Sie Streikbrecher, mit Ihnen werde ich schon fertig werden." Der Staatsanwalt erblickte hierin die Merkmale des § 153 gegeben und erweiterte demgemäß die Anklage.

Im zweiten Termin — der erste war vertagt worden — sagte ein Arbeitswilliger, Frommberger, aus, Peikert habe diese Redewendung gebraucht, und habe daraufhin Zirtz dem Angeklagten eine Backpfeife gegeben.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für überführt und beantragte mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit desselben sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht erachtete drei Wochen Gefängnis für ausreichend. Gegen dieses Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Der § 153 G.-O. richtet sich nicht gegen Arbeitgeber, sondern nur gegen Arbeiter, dieses salomonische Urteil hat der Staatsanwalt in Glauchau ausgesprochen. Die Organisation der Malergehülfen in Glauchau war der Malerinnung unbequem geworden, weshalb die letztere die Führer der ersteren maßregelte und die Gemaßregelten auf eine schwarze Liste setzte, so daß diese nirgend Arbeit erhalten konnten. In einem Falle wurde dem Arbeiter gesagt, er könne nicht eingestellt werden, da die Meister je einen Wechsel von M 50 ausgestellt hätten, der als Konventionalstrafe fällig werden solle, wenn ein Meister von den Vereinbarungen zurücktrete und einen in Verruf Erklärten aufnehme. Die Gemaßregelten denunzierten darauf die Malerinnung wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, der diejenigen mit Gefängnis bestraft, die andere durch Drohungen und dergleichen hindern, von nach § 152 getroffenen Vereinbarungen zurückzutreten. Die Staatsanwaltschaft fand aber, wie die „Chemnitzer Volksstimme" berichtet, keinen Grund zum Einschreiten, weil eine strafbare Handlung nicht vorliege, da jedem Meister das Recht zustehe, einzustellen, wen er wolle. Zum Schluß heißt es aber in dem Beschluß des Staatsanwalts zu Glauchau: „§ 153 G.-O. richtet sich nicht gegen Arbeitgeber, sondern Arbeitnehmer, die durch Verrufserklärung usw. einen anderen Arbeitnehmer zur Beteiligung an einem Streik usw. zwingen." Diese Auffassung entspricht zwar nicht dem Geist und Inhalt des § 153, wohl aber der Praxis, nach der dieser Paragraph bisher stets nur gegen Arbeiter, niemals aber gegen Unternehmer angewendet wird.

Trotzdem sind aber die Deutschen vor dem Gesetz alle „gleich".

Haftpflicht der Unternehmer für Rente. Ein bedeutungsvolles Erkenntnis fällte das Landgericht in Hagen, indem es einen Maurermeister verurteilte, einem bei ihm beschäftigt gewesenen Lehrling eine jährliche Rente von M 125 zu zahlen, weil er für die Beschäftigungszeit 58 Beitragsmarken zu wenig in die Quittungskarte des Lehrlings eingeklebt hatte. Wegen Verjährung konnten diese Beiträge auch nicht mehr nachgebracht werden. Ein Rentenanspruch des Lehrlings gegen die Landesversicherungsanstalt wurde deshalb wegen nicht erfüllter Wartezeit rechtsgültig abgelehnt und der Meister zur Zahlung der Rente verurteilt. Das Landgericht erkannte in dem Verhalten des Meisters ein zivilrechtlich zu vertretendes Verschulden, weshalb er zum Schadenersatz verpflichtet sei.

Literarisches.

„Allgemeine Gesetzeskunde" betitelt sich ein von Herrn Volger verfaßtes und in Goldschmitts Verlag, Berlin, herausgegebenes Buch, in welchem sämtliche Gesetzesparagraphen chronologisch geordnet zum Abdruck kommen, die auf das bürgerliche, das Gewerbe-, das Sachenrecht, auf das Recht der Schuldverhältnisse, das deutsche Gerichts- und Versicherungswesen bezug haben. Es enthält nichts weiter als Gesetzesparagraphen mit einigen wenigen Anmerkungen. Der Vorteil, den das Buch aber hat, ist der, daß man sofort eine Uebersicht über die einzelnen Gesetzespositionen hat und sofort die darauf bezüglichen Gesetzesparagraphen findet und nicht erst im Bürgerlichen Gesetzbuch und anderen Reichsgesetzen nachsuchen braucht. Da die Anschaffung aller dieser Gesetze nicht jedem Handwerker und nicht jedem Arbeiter möglich ist, er in diesem Buche aber tatsächlich alles findet, was er als Handwerker oder Arbeiter von den speziellen Gesetzen wissen muß, so kann man wohl sagen, daß der Preis von M. 2 für das dauerhaft in Leinen gebundene handliche Buch sehr niedrig ist.

Ein zweites Buch zum gleichen Preise im gleichen Verlage betitelt sich: **Die schriftlichen Arbeiten des Gewerbetreibenden und Handwerkers.** Dies Buch ist das beste, was wir bisher für den gedachten Zweck gesehen haben. Das Buch enthält vier Hauptabschnitte. Der erste spricht von den Erfordernissen der modernen Schriftführung; dem Leser wird dort Anweisung gegeben über Briefanfänge und Briefabschlüsse, über Titulaturen, über postalische Vorschriften und Frankatur rc. Der zweite Teil enthält auf 33 Seiten Musterbriefe jeder Art, die jeden Tag im Geschäftsleben gewechselt werden. Der dritte Abschnitt gibt dem Leser Anweisungen über den schriftlichen Verkehr mit den Behörden, so u. a. mit Gerichtsvollziehern, Steuerbehörden, Schul-, Militär-, Gerichtsbehörden. Der vierte Teil enthält Anweisung und Belehrung über die Ausfertigung von Verträgen: Lehr-, Miete-, Gesellschafts-, Lieferungs-, Kauf-, Bauvertrag rc. Auf 12 Seiten sind dann Muster für diverse Verträge enthalten. Einen sehr wertvollen Abschnitt des Buches bildet der Anhang. Man kann sagen, er ist der praktische Teil. Hier findet der Leser vorgedruckte Formulare: Postkarten, Briefaufschriften, Geldbrief, Paketadressen, Zollinhaltserklärung, Postauftrag, Akzepteinholung, Gutschein, Bestellzettel, Lieferscheine, Nota, Frachtbrief, ja sogar die An- und Abmeldungsformulare für Ortskrankenkassen und vieles mehr. Das Auffinden der Positionen erleichtert ein sehr ausführliches alphabetisches Sachregister.

Beide Bücher sind aufs beste zu empfehlen.

Briefkasten.

* Eisschränke als Spezialität liefert Herr E. Bareiß, Erste württembergische Eisschrankfabrik in Asperg, Württemberg.

* Wo erhält man eckige Traillen und Pilaster?

* Wer liefert fournierte Tischblätter?

* Woher bezieht man Volthom-Dübel?

* Welche Fabriken liefern Haushaltungsgerätschaften als Spezialität? und welche Holzlöffel als Spezialität?

Hasenfelde, F. B. Außer Arznei sind auch Brillen und Bruchbänder von der Kasse zu liefern, in diesem Falle von Ihrem Arbeitgeber. Gewiß ist die Zuziehung eines Leistenbruchs ein Unfall, den nicht Sie, sondern Ihr Arbeitgeber sofort der in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft anzumelden hat.

Hamburg, A. F. Das Werk „Die Schule des Tischlers" können Sie von unserer Expedition beziehen.

Graudenz, J. Sie überschätzen die guten Leutchen, sonst konnten Sie uns unmöglich zumuten, daß wir 300 Zeilen Raum verschwenden sollen. Vielleicht verwenden wir aber Ihre fleißige Arbeit einmal bei anderer Gelegenheit.

Tegernsee? Machen Sie das nur schriftlich ab.

Görlitz, K. Es war besser, Sie hätten etwas über den Vortrag geschrieben.

Görlitz, K. Wenn der Geselle in festem Wochenlohnverhältnis stand, d. h.: er nicht nach Tagen oder Stunden gelohnt wurde, ihm auch kein Festtag, der in der Woche fällt, abgezogen wurde, dann trifft auf ihn § 621 des B. G.-B. zu, wonach die Kündigung spätestens am ersten Tage der Woche zu geschehen hat.

Sangerhausen, A. Mittwoch, früh 9 Uhr 20 Minuten, als das Telegramm hier eintraf, sind schon ungefähr 20 000 Zeitungen gedruckt. Sie werden einsehen, daß dann kein Telegramm mehr Aufnahme finden kann. Sämtliche Mitteilungen, die für die laufende Nummer berücksichtigt werden sollen, müssen bis spätestens Dienstag Vormittag 11 Uhr in unseren Händen sein. Anstatt ihrer heutigen Karte hätten Sie uns mitteilen sollen, aus welchem Grunde Zuzug ferngehalten werden soll.

Ehrenfeld, P. Nach neuerlichen Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts sind Unfälle, die sich auf dem Wege von der Arbeitsstätte nach zu Hause ereignen, nicht entschädigungspflichtig. Früher wurden diese und auch jene von zu Hause zur Arbeitsstätte vorgekommenen Unfälle als entschädigungspflichtig erachtet.

Köln, B. Kollegen Deinhardt ist das rechte Bein acht Zentimeter über der Kniescheibe amputiert; wann er das Krankenhaus verlassen resp. wieder gesund sein wird, ist noch nicht abzusehen. Deine Grüße werde ihm übermitteln.

München, L. B. Ja, es gibt ein solches, aber es hat doch heute keinen Sinn mehr, sich solche „Spielzeuge" anzufertigen.

Einzelmitglied 84 000. Der „Deutsche Tischlermeister", Berlin SW., Friedrichstr. 31.

Siegen, X. W. Frage 1. Nein. 2. Uns nicht bekannt.

Zschopau, R. R. Wallenegg: Die Laubsägerei, Einlage und Schnitzarbeit. M. 3. Verlag von B. Fr. Voigt in Leipzig. Auch von uns zu haben.

Wolgast, Z. Fragen Sie beim dortigen Postamt nach. (Postzeitungskatalog.)

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 ₰.)

Altona. Am Mittwoch, den 14. Oktober, Abds. 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. P. Christiansen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Der Bericht des Arbeitersekretariats. 2. Unser nächstjähriges Sommervergnügen. 3. Verschiedenes.

Bergedorf. Sonnabend, den 17. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. W. Stille.

Düsseldorf. Dienstag, den 18. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstraße 8.

— Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 10. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Cölnerstr. 26.

Frankfurt a. M. Sektion der Parkettleger. Dienstag, 13. Oktober, Abends 6 Uhr, im „Rebstock", Kreuzgasse 4.

Geringswalde. Jeden Sonnabend nach dem 15. jedes Monats im „Sächsischen Hof". Tagesordnung wichtig: Das Erscheinen aller Kollegen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Halberstadt. Sonnabend, 17. Oktober, bei Krankemann, Westendorf 25.

Nienburg. Sonnabend, den 10. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Henkel, Hinterestraße.

Schönlanke. Sonnabend, den 17. Oktober, Abends 8 Uhr: Generalversammlung im „Hotel Krasky", Bahnhofstr. 37. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Auerbach. Bevollm. **Albin Hauck,** Tischler, Kassierer **Albin Herold,** Stellmacher, beide wohnhaft in Mühlgrün, 8 Min. von Auerbach. Letzterer zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12—1 u. Abends von 7—8 Uhr aus.

Darmstadt. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei **A. Ettling,** Liebfrauenstr. 37. Umschauen verboten.

Eberswalde. Der Bevollmächtigte wohnt Eichwerderstr. 15, 2. Et. Reiseunterstützung wird auf der Herberge, Jüdenstr. 18, vom Kollegen **Fischer** ausbezahlt.

Eschelbronn. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen **Dinkel,** Bahnhofstraße. Die durchreisenden Kollegen werden gebeten, nur denselben zu benutzen.

Füssen. Unser Verkehrslokal befindet sich jetzt in der Wirtschaft **„Zum Mineralbad".** Kassierer **Stephan Martin,** Schwangauerstraße. Reiseunterstützung bei **Rudolf Wohlwend,** Franziskanerstr. 130, Mittags von 12 bis 1 und Abends von 6—7 Uhr.

Schönlanke. Bevollm.: **Paul Wallischek,** Wilhelmstr. 15. Kassierer: **Franz Kilper** Posenerstr. 44. Auskunft wird erteilt Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr. Reiseunterstützung beim Kassierer. Arbeit wird nachgewiesen beim Bevollmächtigten. Es wird ersucht, das Umschauen zu vermeiden. Vereins- und Verkehrslokal bei **R. Hintze,** Bahnhofstr. 8.

Siegen i. W. Die Reiseunterstützung wird jetzt von dem Kassierer **Fritz Rumfeld,** Heerstr. 2/1 ausbezahlt.

Stralsund. Vom 1. Oktober ab befindet sich unser Gewerkschaftshaus in den eigenen Räumen, **Frankendamm 38.** „Vorwärts" und sämtliche für Stralsund in betracht kommende Gewerkschaftsblätter liegen aus. Daselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung.

Tegernsee. Reiseunterstützung zahlt aus der Bevollmächtigte **Wilhelm Emmer,** Abends von 6—7 Uhr, in seiner Wohnung, in der Kufner'schen Wäscherei, Hauptstraße, am See 1.

Tuttlingen. Die Reiseunterstützung zahlt aus **H. Schaaf,** Wilhelmstr. 65, Mittags von 12—1 und Abends von 6—7 Uhr.

Weißwasser. Die Reiseunterstützung wird vom Kollegen **Stiefler,** Alter Schützenplatz 1, Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Das Mitgliedsbuch Nr. 84 996 des Kollegen **Otto Aue,** Tischler, geb. am 6. Novbr. 1879 Nebra, wurde gestohlen. Sämtliche Reiseunterstützungsauszahler werden ersucht, das Buch anzuhalten und der Zahlstelle **Eisleben** einzuschicken.

Wilh. Schönemann, Kassierer.

Der Tischler **Alb. Schmidt** (Buchn. 89 918) wird hiermit aufgefordert, seine Adresse umgehend nach hier einzusenden. Kollegen, die den Aufenthalt des Sch. kennen, werden um Auskunft gebeten.

Th. Kroll, Kassierer, **Itzehoe.**

Dem Tischler **Friedrich Koepp,** geb. 24. 5. 51 zu Schönau b. Deutsch Krone, eingetreten 11. 4. 03, ist auf der Reise sein Mitgliedsbuch abhanden gekommen. Die Verwaltungen werden ersucht, dem unberechtigten Inhaber das Buch abzunehmen und an uns einzusenden.

Die Ortsverwaltung Weißwasser.
Otto Kunze, Bevollmächtigter,
Krauschwitz b. Muskau.

Erklärung.

Die Bekanntmachung des Vorstandes der „Kranken- und Sterbekasse der Tischler (E. H. Nr. 21) zu Hamburg", wonach Eintrittsscheine und Statuten in unserem Bureau verabfolgt würden, ist **ohne** Wissen und **gegen** den Willen des Unterzeichneten erfolgt.

A. Neumann, Bevollmächtigter, **Hamburg.**

Kollege **F. Rau** a. Oelsnitz, s. Deine Adr. an **A. Doppe,** Tischler, **Bremen,** St. Paulistr. 48 p.

Der Tischler **Konrad Jäckel,** geb. am 27. September 1885 zu Cassel, wird dringend ersucht, seinen Eltern ein Lebenszeichen zu geben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Am Sonnabend, den 17. Oktober:

Herbst-Vergnügen

in **Tütges** Etablissement, Valentinskamp 41, bestehend in

Gesang, Rezitation und Lichtbildern (der sagenumwobene Rhein).

Ball in beiden Sälen.

Anfang 8½ Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

Verheirateter **Drechsler** sucht sofort dauernde Stellung; ist in allen Arbeiten eingerichtet. Eintritt kann sofort erfolgen.
G. Kempt, Reichenbach i. V., Marstr. 5.

Drechsler sucht Stellung. Fabrik bevorzugt. **J. Wegner,**
Uelzen i. H., Albenstadterstr. 31.

Tüchtige Büffettischler

gesucht

für dauernde, lohnende Arbeit.

Möbelfabrik Richard Saalfeld, Helmstedt.

Zwecks Erweiterung des Geschäfts werden **Tischler** auf fournierte eich. Möbel gesucht. Anfragen über Lohn- und Arbeitsverhältnis bei der Lokalverwaltung.
O. F. Schulze, Möbelfabrik, **Priebus.**

Möbelschreiner und Polierer,

je 6 bis 8 Mann, auf bessere mahag. Salonmöbel finden angenehme, gut bezahlte und dauernde Beschäftigung in einer Stadt im Rheinland. Nur solche, welche wirklich tüchtig in ihrem Fach sind, wollen Offerten unt. **W. H. 92** an die Expedition d. Ztg. senden.

Polierer,

der sauber und selbständig arbeiten kann auf fournierte Kastenmöbel, erhält bei Wochenlohn Jahresarbeit. Die Reise wird vergütet.
Herm. Tietze, Möbelfabrik, **Wittenberge.**

Ein tüchtiger **Bau- und Möbelschreiner** findet per sofort dauernde und lohnende Beschäftigung bei
Wilh. Hommel, Lauenstein (Bayern).

Ein Tischler auf fournierte Arbeit bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht (Motorbetrieb). Auch wird eine alte Hobelbank, die noch gut erhalten ist, gekauft.
Zschopau, Königstr. 256.

3—4 tüchtige **Tischlergesellen** auf fournierte Kastenmöbel sofort gesucht.
Th. Worm, Schönlanke, Friedrichstr. 6.

Tüchtige **Stuhlbauer** und **Polierer** finden sofort auf echte und bessere imitierte Stühle Beschäftigung. **Robert Oelschlägel & Co., Preußisch Holland.**

Korbmacher auf Großgeschlagen per sofort gesucht bei hohem Akkordlohn.
Biberacher Korbwarenfabrik, Karl Handmann, Biberach-Riß (Württbg.).

Zwei Korbmacher finden sofort dauernde Beschäftigung. Reisegeld vergütet.
Rich. Theil, Elsterberg.

Suche einen **Korbmacher** auf Mattarbeit.
Ludw. Behsen, Trittau (Holstein).

Suche einen **Korbmacher** auf Mattarbeit.
C. Port, Korbmachermeister, **Heiligenrode b. Cassel.**

Korbmacher auf Großgeschlagen und Mattarbeit sucht **Carl Apelt, Mühlberg a. d. Elbe.**

Ein Bürstenmachergehülfe findet Stellung bei **C. G. Heising, Wilhelmshaven.**

Ia Korbmacherwerkzeuge.

Versand nach allen Gegenden.
Richard Sundfeld,
Hamburg-St. P., Pinnasberg 16/17.

Wiesbaden.

Kranken- und Sterbekasse für Schreiner und Genossen verwandter Berufe zu Wiesbaden. (E. Hülfsk. Nr. 3.)

Die Kasse genügt dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes. Die Mitgliedschaft bei derselben entbindet demgemäß von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse (Schreinerinnungskasse).

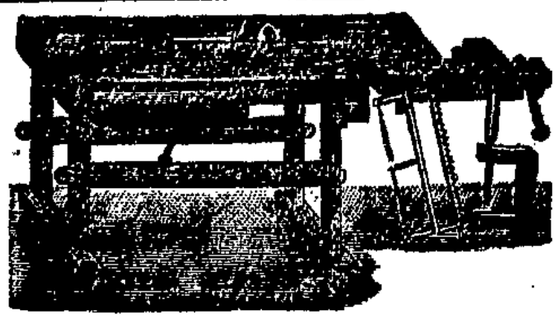
Eintrittsgeld 1. Kl. M. 1,75, 2. Kl. M. 1. Wöchentlicher Beitrag 1. Kl. 50 ₰, 2. Kl. 40 ₰. Wöchentliches Krankengeld 1. Kl. M. 12,60, 2. Kl. M. 9. Sterbegeld 1. Kl. M. 125, 2. Kl. M. 100. Keine Karenzzeit; freie Arztwahl. Reservefonds in gesetzlicher Höhe vorhanden. Den Kollegen wird der Eintritt in diese Kasse bestens empfohlen. **Der Vorstand.**

Aufklärende Schriften!

zur Anschaffung sehr empfohlen:

Nieuwenhuis, Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte, 96 Seiten broch. 40 ₰.
Nieuwenhuis, Der Gottesbegriff, seine Geschichte und Bedeutung. 80 S. broch. 40 ₰.
Lütgenau, Jesuitenfrage, 84 S. 20 ₰.
Slomke's Städtebuch, Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- und Wegekarte, geb. M. 1,20, Porto 20 ₰.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von **G. Slomke's Verlag, Bielefeld.**



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona.
Preislisten gratis und franko.

Genossen! Kauft nur den Bleistift **„Solidarität"** von **Jean Blos, Stein** bei **Nürnberg.**

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Fachschriften u. Lehrbücher
für Handwerker u. Gewerbetreibende.
Kataloge gratis u. franko.
JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN

Cöln a. Rh.

Im Interesse der **Arbeiterbewegung** und der mit dieser engverbundenen **Genossenschaftsbewegung** sollte es sich jeder Arbeiter **zur Pflicht** machen, seinen **wöchentlichen** Bedarf an **Zigarren, Kautabak** 2c. nur den Verkaufsstellen der **Hamburger** und **Nordhäuser** Tabakarbeitergenossenschaften zu entnehmen.

Händler Spezialpreise. **Vertreter O. H. Müller,**
Cöln a. Rh., Jabachstr. 2-4, v. d. Sternengasse.

Hoher u. leichter Nebenverdienst.
Bei hoher Vergütung suche an jedem Ort Herren, welche den Vertrieb hocheleganter, konkurrenzl. Neuh. (ganz vorzügl. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Prospekte gratis und franko an jedermann.
Herm. Wolf, Zwickau i. S., Reichstr. 44.

Feinstes Pflaumenmus

aus erster Hand.

Kübel 30—60 Pfd. Inhalt,	pro Ztr.	M.	14,—
Fässer 100 „	„ „	„	14,—
„ 2/300 „	„ „	„	13,—
Emaille-Eimer 25 Pfd. Inh.,	pro Stck.	„	4,50
Post-Blecheimer 9 „	„ „	„	2,—

offeriert ab **Magdeburg** (unfrankiert) gegen Nachnahme

Herm. Heuschke, Magdeburg 12,
Faßlochsberg 19,
Mustfabrik mit elektrischem Betrieb.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler 2c.

von **Ernst Loose,**
städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg.

Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage.

Inhalt: Abt. 1. Die richtige Schreib- und Sprechweise. Abt. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufsätze. Abt. 3. Das Fachrechnen. Abt. 4. Die wichtigsten Hölzer. Abt. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers 2c. Abt. 6. Das Kostenberechnen. Abt. 7. Die Buchführung. Abt. 8. Wechsellehre. Abt. 9. Gesetzeskunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz.

Preis M. 3, eleg. gebunden M. 3,50.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Viel sparen

kann jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

Felsen-Hemd

trägt. Bestes Tricot-Hemd, fast unzerreißbar, warm — nicht einlaufend

	mittel	groß	ganz groß
Brust- oder Achselschluß:	M. 2,50	2,75	3,—
Hosen:	„ 2,—	2,20	2,40

Vorhersendung od. Nachn. v. 3 Stck. an franko.
Alleinverkauf: **Gustav Krödel, Zeitz.**

In wenigen Tagen wird erscheinen:

Almanach für das Jahr 1904.

Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes.

Inhaltsverzeichnis: Aus dem Archiv unseres Verbandes. Datumzeiger für 1904. Kalendarium. Gruß zum neuen Jahre. Geschichtskalender. Hermann Somann. Paul Martiensen. Eduard Weichert. Die Organisationen der Bürsten- und Pinselmacher (1884—1893). Zehn Jahre Holzarbeiterverband. Mitgliederstand, Einnahmen und Ausgaben des Verbandes. Adressen des Verbandes. Zusammenstellung sämtlicher Streiks. Erfolge der Lohnbewegung 1902. Die Unterstützung im Sterbefall. Die letzte Jahresrechnung des Verbandes. Rundschau im Ausland. Etwas Statistik (ortsübliche Tagelöhne, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Zölle, indirekte Steuern, deutsche Städte über 50000 Einwohner, Bevölkerungsziffern). Gebietseinteilung und Bevölkerung Deutschlands. Von den Reichstagswahlen 1903. Einfuhr und Ausfuhr der deutschen Holzindustrie 902. Ausländische Fachzeitungen. Holzarbeiterverbände im Ausland. Die deutschen Gewerkschaften (Entwicklung seit 1891, Ausgaben im Jahre 1902, Tabelle). Bruchschaden und Unfallrente. Die Schmach der deutschen Volksschulbildung. Statut der vereinigten Gewerkschaften Deutschlands. Adressen der Zentralverbände. Adressentafel. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitstage, Arbeitslohn, Ausgaben (Wochentabelle). Statut des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Anmeldung der Versammlungen. Die Teilnahme an den Versammlungen. Eröffnung und Leitung der Versammlungen. Gründung einer Zahlstelle des Verbandes. Die Wahl der Verwaltung. Anmeldung der Mitgliederversammlungen. Auflösung einer Versammlung. Anmeldung der Zahlstelle. Parlamentarische Ordnung in den Mitgliederversammlungen. Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts. Technische Notizen. Hundertjähriger Kalender. Notizblätter.

Der Preis des Almanach beträgt wie seither **50 ₰** pro Stück, bei Einzelzusendung **60 ₰.** Die Mitglieder in den Zahlstellen wollen ihre Bestellungen baldigst bei den Zahlstellenverwaltungen aufgeben. Einzelmitglieder haben ihre Bestellungen an die Hauptkasse in Stuttgart zu richten und den Betrag von **60 ₰** pro Stück im voraus beizufügen.

An die Zahlstellen richten wir das Ersuchen, ihre Bestellungen baldigst an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand. Stuttgart, Furtbachstr. 16.

Anhaltische Bauschule • Zerbst. •
Städtische, vom Staate beaufsichtigte und subventionirte Lehranstalt.
— Getrennte Abteilungen für — Hochbautechniker u. Steinmetze.
Reifeprüfungen, Regierungskommissar.
Lehrpläne kostenfrei. Der Direktor: Opderbecke, Professor.

Verlag: A. Röske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.